

Neuer Griff nach der Weltmacht

Die deutsche Interessenlage im Jugoslawien-Konflikt

von Rüdiger Göbel, Joachim Guilliard

Der folgende Beitrag wurde auf der Veranstaltung „Die deutsche Interessenlage im Jugoslawien-Konflikt“ im Rahmen der Internationalismuswoche an der Universität Kaiserslautern am 22.11.94 gehalten und wird hiermit zur Diskussion schriftlich vorgelegt.

Einleitung

Seit drei Jahren sind die Zeitungen voll vom Krieg in Jugoslawien und in den Nachrichtensendungen löst eine Schreckensmeldung die andere ab. Nur wenige hinterfragen die von den Medien und Politikern propagierte Sicht der Dinge, wonach es sich hier zum einen um einen ethnisch bzw. religiös motivierten Krieg handelt, und bei dem es zum zweiten nur einen Schuldigen und Verantwortlichen zu geben scheint: **die** Serben. Kaum jemand hegt Zweifel an Schlagzeilen, die auf Meldungen von sog. „Funkamateuren“ und telefonierenden Bürgermeistern basieren, wie dies z.B. bei den Auseinandersetzungen um Gorazde, und aktuell, um Bihac deutlich wurde.

Gorazde: Ende März 1994 hatten die bosnischen Muslime von Gorazde aus eine Infanterieoffensive eröffnet. Rund ein Jahr lang hatten sich die Fronten um eine der wenigen Städte in Ostbosnien, die noch von der bosnisch-muslimischen Regierung gehalten wurden, nicht mehr bewegt, seit die Stadt im Mai 1993 zur UN-Schutzzone erklärt worden war. Zu was diese sog. Schutzzone dienen, hatte der belgische Kommandeur der UN-Truppen, General Francis Briquemont, in seinem Abschlußbericht kurz vor seiner Abberufung aus Bosnien erklärt: „Die bosnische Armee greift die Serben von einer Schutzzone aus an, die Serben beantworten das Feuer entlang der Front – worauf die bosnische Regierung UNPROFOR vorwirft, sie nicht gegen serbische Angriffe zu verteidigen und Luftangriffe gegen serbische Artilleriestellungen fordert.“¹ Schätzungen zufolge schwankte die Zahl der bosnisch-muslimischen Truppen in der „Schutzzone“ Gorazde zwischen 7000 und 14000 Mann, die durch die örtliche Waffenfabrik gut ausgerüstet waren. Ende März hatten die Truppen Izetbegovics begonnen die Stellungen der Serben auf den Hügeln rund um Gorazde anzugreifen und bei ihrem Vormarsch ein halbes Dutzend serbischer Dörfer niedergebrannt.

Aber erst nachdem die bosnischen Serben einen Gegenangriff gestartet hatten, wurde Gorazde dann plötzlich zu einem weltweiten Medienereignis. Wiederholt wurde von serbischer Seite betont, man wolle Gorazde nicht einnehmen – doch davon war hier nichts zu hören. Hier bestimmten die Meldungen von „Funkamateuren“ und der verzweifelte Hilfeschrei des örtlichen Bürgermeisters, die NATO solle doch lieber Gorazde in Schutt und Asche bomben, als die Bevölkerung weiter den serbischen Angriffen auszusetzen. Infolge der sich täglich überschlagenden Schreckensmeldungen war hier der Eindruck entstanden, in Gorazde seien Tausende von Zivilisten gestorben und es stünde kein Stein mehr auf dem anderen. Der Erfolg dieser Darstellungen blieb nicht aus: am 10. und 11. April hatten zum ersten Mal Kampfflieger der NATO direkt in den Balkankrieg eingegriffen und serbische Stellungen bombardiert.² Als die UN-Truppen unter Befehl von Sir Michael Rose nach dem Ende des vier Wochen anhaltenden Artilleriebeschusses am 24. April in die Stadt einrückten – eingerichtet auf den Abtransport von mehreren Tausend Verwundeten und Toten, stellten sie fest, daß die Auseinandersetzungen rund 200 Tote und 200 Verletzte gefordert hatten – 70% davon muslimische Soldaten.

Der ARD-Korrespondent in Sarajewo, im Allgemeinen ein strammer Vertreter einer antiserbischen Interventionspolitik, hatte zuvor schon bezüglich der Auseinandersetzungen um Sarajewo bestätigt, daß die bosnisch-muslimische Seite den Gegner systematisch provoziere: „Die Bosnier donnern Granaten raus, wenn zwei Tage lang Ruhe ist, denn sie wissen, für jede

¹ NOVO Juli/August 1994, S. 14

² Die wesentlichen Informationen dazu stammen aus einem 22-seitigen Papier der "Task Force On Terrorism & Unconventional Warfare" mit dem Titel "The Truth About Gorazde". Vgl. dazu: Konkret 8/94, S.23

ihrer Granaten kommen zehn bis fünfzig zurück. Die Regierung braucht die tägliche Blutspur in Sarajewo. Sonst ist die Stadt uninteressant.“³

Bihac: Ähnlich manipuliert ist die aktuelle „Berichterstattung“ über die Ereignisse in Bihac. Das V. Korps der bosnisch-muslimischen Armee hatte im August eine Großoffensive im Nordwesten Bosniens gegen die „Autonome Provinz Westbosniens“ gestartet und diese nach tagelangen schweren Auseinandersetzungen schließlich erobert. Nach der Einnahme Velika Kladusas durch das V. Korps wurde die Stadt drei Tage lang hermetisch abgeriegelt, bevor schließlich ausländischen Beobachtern der Zutritt gestattet wurde – vielleicht hatten deshalb Berichte über die Exekution von gefangenen gegnerischen Soldaten, Vergewaltigungen und die Erschießung von Kindern vor den Augen ihrer Mütter – wie von Flüchtlingen geschildert wurde – nie die Weltöffentlichkeit erlangt. Die Offensive hatte die bisher größte Massenflucht des jugoslawischen Bürgerkrieges ausgelöst: Binnen weniger Tage waren an die 50.000 Menschen aus Bosnien in die Serbische Krajina geflohen, wo sie seitdem in zwei großen Flüchtlingslagern – in Turanj und Batnoga – unter erbärmlichen Bedingungen von der Welt vergessen, verschwiegen und vernachlässigt ausharren müssen.⁴ Diese Flüchtlinge – allesamt Muslime – haben einen „Fehler“ begangen: sie sind nicht *vor* den serbischen Truppen, sondern *vor* dem angreifenden V. Korps der Izetbegovic-Armee *zu* den Serben geflohen. Daher spielt es auch keine Rolle, daß ihnen – in Zelten, Lagerhallen, und teilweise unter bloßen Plastikplanen „lebend“ – ein existenzbedrohender Winter bevorsteht – es handelt sich schließlich nicht um *SARAJEWO!* Man stelle sich vor, was passiert wäre, wenn 50.000 Muslime von serbischer Seite vertrieben worden wären! Über die Offensive der bosnisch-muslimischen Truppen wurde hingegen hier in einer Art Landserromantik wohlwollend berichtet, von einer Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat oder NATO-Interventionen war nichts zu hören.

Erst jetzt, da die bosnischen Serben einen Gegenangriff um Bihac gestartet haben, ist die Weltöffentlichkeit und die NATO wieder präsent, den Feind wieder klar erkennend, bereit zum Ein- und Angriff. Einmal mehr wird dadurch das bereits verankerte Bild, verschiedene Bevölkerungsgruppen dort könnten nicht friedlich miteinander auskommen, weiter aufrecht erhalten, da mit der Offensive gegen die „Autonomen Provinz Westbosnien“ auch ein gelungenes Beispiel für das friedliche Zusammenleben von Serben, Kroaten und Muslimen zerschlagen wurde.

In Jugoslawien wird gegenwärtig am besten deutlich, daß Weltgeschichte als ein Medienereignis inszeniert wird, in dem nicht die Menschen und das Geschehen vor Ort Drehbuch und Regie bestimmen. Es entsteht eine in sich nahezu geschlossene Scheinrealität, die in Europa und Nordamerika dem Bedürfnis der Mehrheit nach „anregender“ Unterhaltung und Informationen mit klarem „Guten“ und „Bösen“ entspricht, und die als schleichende Konditionierungskampagne einen breiten gesellschaftlichen Konsens für die Interventionspolitik der westlichen Staaten schaffen soll.

Der westlichen Propaganda nach war das Zusammenleben der Volksgruppen in Jugoslawien nur durch den Druck der staatlichen Repression unter der „sozialistischen Einparteiherrschaft“ erzwungen worden und das Auseinanderbrechen und die kriegerischen Konflikte mit der Krise des sozialistischen Systems unvermeidlich. Doch entbehrt diese These jeder Grundlage. Im Gegenteil: Jugoslawien entstand nach dem Zweiten Weltkrieg als freiwilliger und gewollter Zusammenschluß aller Bevölkerungsgruppen. Mit der Teilung Jugoslawiens 1991/92 begann der Bürgerkrieg, und es zeigte sich der alte Grundsatz bestätigt, daß es Frieden auf dem Balkan nur in einem einheitlichen Jugoslawien geben kann.

Jugoslawien stand als geeinter Balkanstaat, in dem das erste Mal das friedliche Zusammenleben der Völker durch die Abwehr von Großmachtinteressen und -einflüssen gewährleistet war, den deutschen Interessen in Richtung Osten im Weg und mußte als Machtfaktor in Südosteuropa von der Landkarte verschwinden. Es war lange Zeit ein starkes Land, zusammen mit Ägypten, Indien und den anderen der Blockfreienbewegung auch ein globaler Machtfaktor, der trotz finanzieller Abhängigkeit dem Westen gegenüber immer selbstbewußt auftrat, vor allen Dingen aber seine politische Eigenständigkeit bewahrte.

³ Die Woche, 10. Februar 1994

⁴ Vgl. Neues Deutschland vom 12./13.11.94

Die Krise Jugoslawiens und der bis heute andauernde Bürgerkrieg in Bosnien läßt sich sicherlich nicht allein auf die Interventions-Politik der imperialistischen Staaten zurückführen, und die Durchsetzung der Anerkennung von Kroatien und Slowenien durch die deutsche Außenpolitik ist natürlich auch nicht alleiniger Grund und Ursache der Auflösung Jugoslawiens. Doch sie hat einen maßgeblichen Einfluß gehabt für ihren Ausbruch und die heutige Eskalation, vor allem aber hat sie die damit verbundenen Probleme erst unlösbar gemacht.

In diesem Kontext sehen wir unser Engagement gegen den Krieg in Jugoslawien und die westliche Interventionspolitik.

Wir möchten versuchen, im folgenden darzustellen, wie die Einmischung des Westens, insbesondere Deutschlands in den Konflikt auf dem Balkan, von statten ging und geht, welche Ziele damit verfolgt werden und warum daher die Forderung nach einer weiteren Einmischung, wie sie insbesondere auch in liberalen und sog. linken Kreisen erhoben wird, keine Lösung bringen kann. Für uns kann es nicht darum gehen, *die Serben, die Kroaten oder die Muslime* als Feinde oder Schuldige des Krieges dort zu denunzieren und gegen sie vorzugehen. Für uns steht der Feind im eigenen Land – und er hat Namen und Adressen. So hat z.B. auch David Binder, Bonner Korrespondent der New York Times, am 30. Januar 1993 in Bezug auf anstehende Kriegsverbrechertribunale gefordert, wenn denn solche stattfinden sollten, dort dann doch auch Bundeskanzler Kohl und den ehem. Außenminister Hans-Dietrich Genscher für ihre Interventions- und Anerkennungspolitik auf die Anklagebank zu setzen. – Wir sollten uns diese Sicht der Dinge auch zu eigen machen, und die Liste um die sonstigen deutschen und NATO-Verantwortlichen ergänzen.

1. Historische Kontinuitäten in der deutschen Außenpolitik gegenüber Ost- und Südosteuropa

Erstaunlicher Weise ist die Vorstellung davon, daß Deutschland eine Großmacht ist, die rücksichtslos versucht ihre Interessen durchzusetzen, in Deutschland selbst – auch unter Linken – völlig untergegangen. Ebenso wie der Begriff Imperialismus (vor allem in Bezug zur deutschen Gesellschaft) keine Bedeutung mehr hat, sozusagen aus der Mode ist.

Wir stehen, wenn wir die Vorgänge in Jugoslawien untersuchen, insbesondere die Rolle, die Deutschland dabei spielt, vor dem Problem, daß geschichtliche Prozesse von Dimensionen, wie die, deren Teil die Jugoslawienpolitik ist, aus der momentanen zeitlichen Nähe schwer zu überblicken und Hypothesen noch schwerer zu beweisen sind. Die Konturen drohen in dem Moment zu verschwimmen, in dem man sie genauer unter die Lupe nehmen will und sie lösen sich häufig auf im Nebel der Tagespolitik. In zehn bis zwanzig Jahren wird man die Vorgänge leichter analysieren können, ein Großteil der Fakten ist dann öffentlich und in der zeitlichen Distanz läßt sich wesentliches von unwesentlichem trennen – nur daß es dann keinen Hund mehr hinterm Ofen hervorlocken wird.

Wir stehen aber natürlich nicht voraussetzungs- und hilflos da, sondern können auf den Resultaten langjähriger empirisch-theoretischer Untersuchungen (über die maßgeblichen Interessen, die im Spiel sind, über wirtschaftliche und politische Gesetzmäßigkeiten und Mechanismen wie sich die Interessen durchzusetzen versuchen) aufbauen. Zum anderen können uns geschichtliche Rückblicke auf vergleichbare Vorgänge und das Herausarbeiten von Kontinuitäten und Diskontinuitäten helfen, die aktuellen Geschehnisse zu erhellen.

Allerdings dürfen keine vorschnellen und zu direkten Parallelen gezogen werden, auch wenn sich dies oft anbietet. Nichts wiederholt sich auf identische Weise. Sollte Deutschland z.B. wieder auf einen aggressiv expansionistischen Kurs einschwenken, so würde der neue Faschismus sicher ganz anders aussehen, als das System zwischen 1933 und 1945. Es ist notwendig die grundlegenden, langwirkenden Prozesse unter den wechselnden Oberflächen herauszuarbeiten und zu überprüfen ob diese auch heute noch, in modifizierter Form, präsent sind und wo es qualitativ neue Momente gibt.

Wir können nun aktuell eine erstaunliche historische Kontinuität erkennen, die in der BRD-Politik gegenüber Jugoslawien deutlich wird. Und diese Kontinuität beschränkt sich nicht auf Jugoslawien, sondern auf Aspekte der gesamten deutschen Ostpolitik. Sich dieser Kontinuität zu vergewissern, ist daher umso bedeutender, da Jugoslawien wohl ein spektakulärer Schritt, aber

nicht der erste und noch weniger der letzte in der deutschen Expansions-Politik bezüglich Ost- und Südosteuropa ist.

Wir werden, um Material für die spätere Analyse zu sammeln, einen etwas weiteren Bogen schlagen müssen. Zuerst wollen wir kurz auf strategische Zielsetzungen des deutschen Imperialismus vor und während des 1. Weltkrieges eingehen, die noch heute sehr modern wirken, um danach zu verfolgen, wie diese Zielvorstellungen zum Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre weiter entwickelt wurden und wie sie schließlich später ihre Entsprechungen in der Expansionspolitik Deutschlands unter dem Faschismus fanden.

Gemeinsam ist all diesen Strategien die Stoßrichtung: die wirtschaftliche und politische Kontrolle der Länder Ost- und Südosteuropas. Die Namen, unter denen diese Strategien zusammengefaßt wurden, wechselten: Mitteleuropakonzept, Großraum-, Lebensraumpolitik und heute wohl Partnerschaft, Assozierung, und Kerneuropa.

Der Nachdruck und die Art, wie versucht wurde und wird, sie durchzusetzen, wechselten ebenfalls, doch die grundlegenden Vorstellungen machten sich immer mehr zum Allgemeingut der deutschen herrschenden Eliten. Ich denke wir werden danach verstehen, was Klaus Kinkel meint, wenn er in seinem in der FAZ abgedruckten Grundsatzprogramm eine der Aufgaben der deutschen Außen- und Weltpolitik darin sieht, „zu vollbringen woran wir zweimal zuvor gescheitert sind“.

Im zweiten Teil wollen wir dann versuchen, die Parallelen zur heutigen Außen- und Wirtschaftspolitik aufzuzeigen, sowie auf die qualitativen Unterschiede in einer veränderten Weltlage eingehen.

Für ein generell besseres Verständnis der weltweiten Zusammenhänge, die sich u.a. auch im Jugoslawienkonflikt niederschlagen, werden wir auf Strukturparallelen hinweisen, die es zwischen den Krisenlösungsstrategien der imperialistischen Staaten im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 30er Jahre gab, insbesondere zu den der USA, und aufzeigen, daß die heutige Weltordnung, insbesondere das Verhältnis Erste-Dritte-Welt die gemeinsame Essenz dieser Krisenlösungsstrategien ist, die – als Ergebnis des 2. Weltkrieges unter der weltweiten Dominanz der USA durchgesetzt wurden.

Vor diesem Hintergrund lassen sich die aktuellen Entwicklungen in Osteuropa einordnen und läßt sich insbesondere in groben Zügen das Interessengefüge herauslesen, in dem der Konflikt in Jugoslawien zur Explosion gebracht wurde und bis heute am Kochen gehalten wird.

Vielleicht kurz eine Erläuterung zum Begriff *Imperialismus*, der schon gefallen ist, und auch im weiteren noch häufig vorkommen wird. In den westlichen Staaten, im Gegensatz zu den Ländern des Südens, ist dieser Begriff verpönt und seine Bedeutung verloren gegangen.

Es ist ein wissenschaftlicher Begriff, ähnlich dem Begriff *Kapitalismus*. In der Tat hängt *Imperialismus* eng mit Kapitalismus zusammen und steht für ein kapitalistisches System, das ein hohes Maß an Kapital- und Industriekonzentration auszeichnet und das nicht national beschränkt ist, sondern seine Ausbeutungsbedingungen vermittelt wirtschaftlicher **und militärischer** Macht weltweit durchsetzt – Wir betonen „militärisch“, weil in linker, marxistischer Theorie dieser Aspekt häufig vernachlässigt und der Eindruck vermittelt wird, als wäre heutzutage imperialistische Herrschaft allein über die Beherrschung des Weltmarkts, die Verschuldung, IWF und Weltbank etc. möglich.

Man unterscheidet die imperialistischen Zentren, die sog. Metropolen, und die abhängige Peripherie. Die Metropolen sind die Staaten der großen multinationalen Konzerne, mit anderen Worten die kapitalistischen (wirtschaftlich und militärischen) Großmächte, die Peripherie dagegen sind die abhängigen Ländern des Südens.⁵

⁵ In unserem Sinne ist jeder imperialistische Staat selbstverständlich ein kapitalistischer, aber umgekehrt sind die meisten kapitalistischen Länder nicht imperialistisch, sondern mehr oder weniger abhängig von den imperialistischen Staaten, beispielsweise Indien, Ägypten, Brasilien, Griechenland oder Portugal. Sehr häufig wird in Analysen, Berichten und Kommentaren von westlichen Staaten, westlichen Interessen etc. geredet. Gemeint sind dabei jedoch imperialistische Staaten, imperialistische Interessen. Bei der Verwendung des geographischen – und relativen – Begriffs wird allerdings z.B. Portugal auf die gleiche Ebene gestellt wie die USA, Deutschland oder Frankreich. Ähnliches gilt für Begriffe wie *Norden* und *Europa*. Wenn wir diese Begriffe

1.1 „Jeder Schuß ein Russ ... und Serbien muß sterbien“ – Expansionsstrategien vor und während des 1. Weltkrieges

1.1.1 Die Bagdad-Bahn

Zu dem Zeitpunkt, als sich der deutsche Imperialismus konsolidiert hatte und verstärkt zu expandieren versuchte (vor rund 100 Jahren), kontrollierten die imperialistischen Konkurrenten schon weite Teile der Erde, insbesondere die Weltmeere und die wichtigsten Schifffahrtswege. Maßgebliche Kräfte des Deutschen Reiches sahen daher die „natürliche“ Stoßrichtung des deutschen Imperialismus – der jahrhundertealten deutschen Ostkolonisation folgend – in der Aneignung Ost- und Südosteuropas und den Weiten des russischen Reiches. Dieser den Deutschen „von der Geographie sozusagen natürlich bereitgestellte Lebensraum, der ihnen gemäß ihrer geschichtlichen und wirtschaftlichen Bedeutung in der Mitte Europas rechtmäßig zusteht“⁶ versprach riesige Rohstoffvorräte und Lebensmittelproduktionen und mußte, so schien es den deutschen Strategen, nur noch mit deutscher Tüchtigkeit erschlossen werden.

Doch das sollte nur den „Hinterhof „ bilden, mit dem sich der deutsche Imperialismus bei weitem nicht zufrieden geben wollte. Die weitere Stoßrichtung zielte auf den Nahen und Mittleren Osten. Ein herausragendes strategisches Großprojekt in diesem Zusammenhang war der 1903 begonnene Bau der Bagdad-Bahn, dessen Zielsetzung einer der Gründe war, die zum 1. Weltkrieg führten. Die Finanzierung dieses Projektes hatte die Deutsche Bank übernommen, die Bank der Elektro- und Chemieindustrie, d.h. der „neuen“ Industrien, die weit stärker als die „alten“ Schwerindustrien auf die Expansion nach Osten drängten.)

Die Bagdad-Bahn, die bei Kriegsbeginn 1914 noch nicht fertig war, sollte über die Türkei in den Irak führen und die Landverbindung zur Öl-Region herstellen, die damals noch Teil des Osmanischen Reiches war, und zum persischen Golf. Geplant war u.a. auch, über diese Strecke im Bedarfsfall deutsche Kriegsschiffe in dieser Region versorgen zu können.

Damit zielte das Deutsche Reich aber direkt auf das britische Einflußgebiet am persischen Golf, Arabien und dem indischen Ozean.

Unabdingbar war daher die Sicherung dieses „deutschen“ Weges. Ein guter Teil verlief damals in den Grenzen des Habsburger Reiches, der größte durch das Osmanische Reich, das damals schon deutlich geschwächt war. Hauptanliegen des Deutschen Reiches war daher die Stärkung der Türkei bei gleichzeitiger Stärkung des deutschen Einflusses und die direkte Kontrolle der südosteuropäischen Länder. Des weiteren schien eine sichere Kontrolle unmöglich, solange an der Flanke ein starkes Rußland existierte. Dieses sollte daher zerschlagen und in kleinere Teile zerlegt werden.

1.1.2 Mitteleuropa

Die skizzierte Blickrichtung des deutschen Imperialismus erhielt ihre „klassische“ Ausformulierung unter dem Namen „Mitteleuropa“. Es war die moderne imperialistische Strategie der „neuen“, schon europäisch-multinational operierenden Industrien (Chemie, Elektronik), die im Gegensatz zu den reinen Annexionismus-Plänen der Schwerindustrie auch schon Methoden wirtschaftlicher Hegemonie bei formeller Unabhängigkeit ins Auge faßten.⁷ Einer der Ideologen dieses Mitteleuropakonzepts war der Sozialliberale *F. Naumann*.⁸ Kernstück aller Mitteleuropa-Varianten war der Zusammenschluß von Deutschland, dem habsburgischen Österreich-Ungarn, Bulgarien, das damals auch Nordgriechenland umfaßte und der Türkei, bei dem vor allem Serbien störte. Serbien hatte unlängst seine Unabhängigkeit vom Osmanischen Reich erkämpft und sich bis dahin allen Vereinnahmungsversuchen des Habsburger Reiches erfolgreich widersetzt.

trotzdem ab und zu verwenden, so weil sie geläufiger sind, wir bitten aber die von uns gemachte entsprechende Bemerkung dabei zu berücksichtigen.

⁶ Wolf-Dieter Gudopp: Auf dem Weg in den Dritten Weltkrieg? Verein Wissenschaft und Sozialismus e.V. Frankfurt a.M. 1993, S. 16

⁷ Gudop, a.a.O. S. 19

⁸ Vgl. dazu auch: Martin Bennhold: Mitteleuropa – eine deutsche Politiktradition. Zu Friedrich Naumanns Konzeption und ihren Folgen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/92, S. 977-989

Friedrich Naumann dazu: „Das serbische Gebiet kann nicht als feindliches Kastell innerhalb des mitteleuropäischen Schützengrabenverbandes geduldet werden ... Als Volk haben die Serben dasselbe Recht zu existieren, wie jedes andere, aber das Recht auf berufsmäßige Friedensstörung darf von den Anwohnern nicht gewährt werden.“⁹

Der Erste Weltkrieg begann und der deutsche Schlachtruf endete mit „jeder Schuß ein Ruß und Serbien muß sterben“.

Im September 1914 hatte Reichskanzler Hollweg schon ein von Rathenau (AEG) und von Gwinner (Deutsche Bank) beeinflusstes Kriegszielprogramm formuliert, in dem es heißt:

„Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und evtl. Italien, Norwegen und Schweden. Dieser Verband, ... unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.“¹⁰

Müßig, zu betonen, daß zu diesem Zeitpunkt natürlich nur an eine militärische Durchsetzung dieses Wirtschaftsverbandes gedacht wurde. Zugleich waren auch schon Programme zur „Revolutionierung Rußlands von Finnland bis zum Schwarzen Meer, sowie der islamischen Welt von Marokko bis Indien“ formuliert worden.

Nachdem sich dann abzeichnete, daß Deutschland einen Zweifrontenkrieg nicht durchhalten kann und somit seine Vorherrschaft nicht als Siegermacht den besiegten Ländern nach Kriegsende würde aufzwingen können, begannen die modernen Kreise der deutschen Bourgeoisie darüber nachzudenken, wie dies vielleicht auf weniger direktem Wege ebenfalls zu erreichen wäre.

Teil dieser Überlegungen war es nun, auch langfristig Friede und Partnerschaft mit Frankreich zu suchen, da nur so freie Hand für das Mitteleuropaprojekt gewonnen werden konnte. Eine Einsicht, die während der Niederlage des 2. Weltkrieges erneut zum Vorschein kam und danach unter Adenauer in Angriff genommen wurde.

Folgerichtig waren daher ab 1917 die Versuche dieser Kreise, einen „Verständigungsfrieden“ zu erreichen.

Sehr klar kommen die entsprechenden Überlegungen in einer von Friedrich Naumann, Ernst Jäckh und Robert Bosch verfaßten Denkschrift im Februar 1918 an Ludendorff zum Ausdruck, in dem zum sofortigen Friedensschluß aufgefordert wurde, um den deutsch kontrollierten Südostraum zu retten:

„Unser bisheriger Kriegsgewinn ist die Schaffung und Zusammenschweißung von Mitteleuropa, sie bedeutet unsere ebenbürtige wirtschaftliche, militärische und politische Einreihung unter die politischen Weltkörper, ein Kriegsziel, das wir ganz unabhängig von irgendwelchen Veränderungen unserer Grenzverhältnisse im Osten und Westen heimbringen können.“¹¹

Dies sahen die deutschen Kriegsgegner ähnlich und versuchten nach der Niederlage des Deutschen Reiches genau diesen Gewinn des Reiches zu zerstören und eine Neuauflage, dessen, was deutsch-imperialistisch „Mitteleuropa“ heißt durch strukturelle Maßnahmen auf Dauer zu verhindern. Aus diesem Grund wohl sind der Vertrag von Versailles und die Folgeverträge als Inbegriff der Fesseln deutscher Politik von Anfang an erbittert bekämpft worden.

1.2 Expansionistische Ziele vor der Etablierung der faschistischen Diktatur in Deutschland

Der deutsche Imperialismus hatte im 1. Weltkrieg eine empfindliche Niederlage erlitten, war aber weit davon entfernt seine expansionistischen Ziele aufzugeben. Dies wird u.a. an der Äußerung von General von Seeckt Ende 1918 deutlich: „Wir müssen wieder mächtig werden,

⁹ Zitiert nach: Gudopp, a.a.O. S. 20

¹⁰ Zitiert nach: Gudopp, a.a.O. S. 21

¹¹ Zitiert nach: Gudopp, a.a.O. S. 22

und sobald wir wieder Macht haben, nehmen wir uns natürlich alles wieder zurück, was wir verloren haben“ und General Groener, von 1928-1932 Reichswehrminister, sagte 1919:

„Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muß man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. ... Dazu gehört aber, daß der Grund und Boden, auf dem man steht, im Innern, wie nach außen, fest und unerschütterlich bleibt“.¹²

Diese Aufgabe wurde von den herrschenden Kreisen unverzüglich in Angriff genommen.

1.2.1 Der Mitteleuropäische Handelstag MWT

Ein entscheidender Schritt war 1931 die Gründung des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages (MWT), eines Interessenverbandes des deutschen Kapitals, das von da an fraktionsübergreifend alle an der Südost-Expansion interessierten Kapitalgruppen bündelte. In diesem Interessenverband waren die wichtigsten Konzerne von Krupp und Thyssen bis zu den I.G.-Farben und die großen Banken zusammengeschlossen. Damit waren im MWT die beiden Lager der damaligen Großindustrie, das sog. Brüning-Lager (Exportindustrien, wie Siemens, unterstützten Reichskanzler Brüning) und die Harzburger Front (der Zusammenschluß der sog. „Nationalen Opposition“ unter Führung Hitlers und Hugenburgs), d.h. Kapitalfraktionen mit z.T. äußerst gegensätzlichen Interessen zusammengeschlossen.¹³ Weiter gehörten ihm auch noch andere Verbände wie z.B. der Reichsverband der deutschen Industrie, der deutsche Städtetag, sowie der ADAC an. Enge Verbindungen bestanden zur Reichswehr und natürlich zum Auswärtigen Amt.

Die Gründung des MWT erfolgte nicht zufällig zur Zeit der größten und längsten wirtschaftlichen Krise der Geschichte des Kapitalismus.¹⁴

Die Hauptaufgabe des MWT war, Strategien aus der Krise zu erarbeiten, die auf einen möglichst breiten Konsens der wichtigsten Kapitalgruppen rechnen konnten. Daß dies hervorragend gelang, war eine der Vorbedingungen dafür, daß 1933 die faschistische Diktatur installiert werden konnte.

1.2.2 Krisenlösungsstrategien des deutschen Kapitals Anfang der 30er Jahre

Die Perspektiven der deutschen Wirtschaft waren 1931, auf der langanhaltenden Talsohle der Weltwirtschaftskrise äußerst ungünstig:

- Vom Weltmarkt war auf absehbare Zeit keine Geschäftskurbelung zu erwarten
- Der deutsche Imperialismus war aufgrund der Reparationszahlungen währungs- und kreditpolitisch eingekapselt
- Ihm standen keine Kolonien als reservierte Außenmärkte zur Verfügung
- Er hatte im 1. Weltkrieg den größten Teil seines Auslandskapital eingebüßt
- Und verfügte für seine Produktionskapazitäten über einen viel zu kleinen Binnenmarkt.

Die Konzentration der Interessen für einen gemeinsamen Weg aus der Krise war in dieser verzweifelten Lage keine leichte Aufgabe. Das Lager der Harzburger Front auf der einen Seite setzte auf eine Abkopplung vom Weltmarkt, von dem für sie nichts zu erwarten war. Die international noch konkurrenzfähigen Konzerne wie Siemens oder die Pharma-Industrie wehrten sich dagegen gegen jede Maßnahme, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen könnte. Der einzige Ausweg schien in drei miteinander verwobenen Ansätzen zu liegen:

- Der Schaffung von zusätzlicher Nachfrage durch den Staat, insbesondere durch Rüstungsgüter
- Der Wiedererringung der Angriffs-Kriegsfähigkeit durch eine massive Hochrüstung
- Sowie in einer „Umlagerung des deutschen Außenhandels“, d.h. die Abkopplung vom Weltmarkt durch Schaffung einer von Deutschland abhängigen Wirtschaftsregion in Mittel- und Osteuropa. Die Überseeengeschäfte wären im Kriegsfall ohnehin nicht zu halten.¹⁵

¹² Zitiert nach Gudopp, a.a.O. S. 23

¹³ Alfred Sohn-Rethel: Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem "Mitteleuropäischen Wirtschaftstag". Verlag Klaus Wagenbach. Berlin 1992, S. 49ff.

¹⁴ Sohn-Rethel, a.a.O. S. 65

¹⁵ Sohn-Rethel, a.a.O. S. 77

Sowohl diese sog. Autarkiebestrebungen, als auch die Hochrüstung erforderten aber einen starken Staat, der die damit verbundenen Zwangsmaßnahmen und Kosten dem gesamten Land auch aufzwingen konnte – bei den gegebenen Verhältnissen war dies nur durch eine Diktatur möglich.

1.2.3 Deutsche imperialistische Gewaltpolitik vor der Einführung der faschistischen Diktatur

Es ist allerdings ein Irrtum zu glauben, daß damals deutsche imperialistische Gewaltpolitik auf die „Machtergreifung Hitlers“ zu warten gehabt hätte. Tatsächlich wurde bereits im Oktober/November, also noch bevor Hitler aus dem Bett geholt wurde, um Reichskanzler zu werden, ein gewaltpolitischer Vorstoß im Mittelmeerraum vorgenommen, der als Beispiel für die Aktivitäten des MWT dienen kann:¹⁶

Im November 1932 wurde ein „inoffizielles“ Memorandum – vom MWT im Verein mit der Reichswehr und dem Auswärtigen Amt verfaßt – Mussolini überreicht. Dieses Memorandum zielte auf einen gewaltsamen Umsturz der mittel-/südosteuropäischen Staatenordnung. Im Zentrum der Planung stand Jugoslawien, das mit Unterstützung von Italien zerschlagen werden sollte. Jugoslawien sollte in einen Staat Kroatien-Slowenien und in ein Restjugoslawien aus Serbien und Montenegro, entsprechend der alten Grenze zwischen West- und Oströmischem Reich, aufgeteilt werden. Außerdem sollte aus Rumänien Siebenbürgen/Transilvanien herausgebrochen werden, um schließlich eine Donauföderation aus Kroatien-Slowenien, Transilvanien, Ungarn zu schaffen, die gleichermaßen Italien, wie Deutschland zugewandt sein sollte. Die Sezessionen sollten durch die Förderung der reaktionären kroatischen und slowenischen Unabhängigkeitsbewegungen in Jugoslawien, bzw. durch künstlich geschürte Aufstansbewegungen der Ungarn und Siebenbürgerdeutschen in Rumänien eingeleitet werden.

In der Folge brachen kroatische und slowenische Aufstände aus, und es entwickelten sich 1932/1933 Untergrundtätigkeiten, die nach Aussagen von Alfred Sohn-Rethel u.a. von Krupp finanziert wurden:

„Auf deutscher Seite lagen der Waffenschmuggel, der Kundschafterdienst, die Verteilung der Schmiergelder, die Verhandlungen mit politischen Parteien und Bandenführern [...] die Verbindungsleute von Pavelic [Ustascha-Führer, d. Verf.] gingen bei uns ein und aus. Das letzte Ergebnis dieser ganzen Wühlarbeit war die Ermordung König Alexander I. in Marseille am 9. Oktober 1934 durch Pavelics Leute“ (mit tätiger Mithilfe der deutschen Abwehr).¹⁷

Die Neuordnungs-Pläne scheiterten dann allerdings vorerst dadurch, daß England und Frankreich davon Kenntnis erhielten.

1.2.4 Wirtschaftliche und politische Bestrebungen zur Kontrolle der Donau- und Balkanländer

„Nicht daß man die Donau- und Balkanländer erobern und politisch annektieren wollte, aber sie sollten unter den Einfluß und die tatsächliche Botmäßigkeit des Reiches gebracht werden, so daß man nach Bedarf über die Rohstoffe, Ernten, Energiequellen, Transportmittel, die Post und die Verwaltungseinrichtungen bestimmen und verfügen könnte, ihre Produktionseinrichtungen und ihre Anbaupolitik lenken könnte.“¹⁸

In diesem Punkt völlig einig, machten sich das deutsche Industrie- und Bankkapital an die methodische wirtschaftliche Durchdringung und politische Infiltration der Balkanstaaten.¹⁹

¹⁶ Sohn-Rethel, a.a.O. S. 68f.

¹⁷ Sohn-Rethel, a.a.O. S. 69f. und 104

¹⁸ Sohn-Rethel, a.a.O. S. 104

¹⁹ Wichtige Mittel dabei waren verdeckte Aufkäufe, beispielsweise durch Krupp und I.G. Farben, die 1935 auf Wunsch des Generalstabs über Strohfirmer die Aktienmehrheit über gewisse jugoslawische Kupfer-, Zink- und Bauxit-Minen erwarben. Die I.G. Farben und der Benzolverband übernahmen gemeinsam mit der Dresdner Bank immer weitere Kapitalanteile der rumänischen Ölquellen. Vgl. Sohn-Rethel, a.a.O. S. 104f.

Eine weitere Methode erregte auch die Aufmerksamkeit in England: Nach Erkenntnissen des englischen Handelsministerium importierten deutsche Firmen Produkte aus Mittel- und Südosteuropa weit über Weltmarktpreis und führten Waren z.T. unter den Gesteigungskosten in diese Länder aus und manövrierte sie so in wachsende wirtschaftliche Abhängigkeit.

Im Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Planungen für die Erlangung der Kriegsführungsfähigkeit („Autarkie“) war es auch wichtig, das Anlegen von Monokulturen, die auf die deutschen Interessen ausgerichtet sein sollten, zu stimulieren. Hierbei handelte es sich vor allem um den Anbau von Futtermittel und Ölsaaten z.B. Soja, die auch bei der geplanten Herstellung von synthetischen Nahrungsmittel und chemischer Rohstoffe eine Rolle spielten.

Die angestrebte vollständige Kontrolle über „Mitteleuropa“ sollte auch die Basis für den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion („Öl von Baku“) und die Ausweitung des deutschen Einflusses auf den Nahen und Mittler Osten sein.

„Sowjetrußland muß weg. Frontal ist das nicht empfehlenswert. Wir werden eine Zange ansetzen: im Norden über das Baltikum, im Süden über den Balkan – bis nach Baku ... Um sicher zugehen, bilden wir eine zweite Zange, im Norden über Norwegen und Murmansk, im Süden über Italien, Nordafrika, Ägypten durch Persien nach Baku“, so der Präsident der Industrie- und Handelskammer Aachen, Peill 1932.²⁰ Deutschland werde sich auf dieselbe Basis, wie im letzten Krieg stützen müssen, nur würde diesmal Italien an die Stelle der Türkei treten.

Voraussetzung für eine tatsächliche Hegemonie über Südosteuropa war die Sprengung des Systems der südosteuropäischen Industrialisierung, die hauptsächlich über die durch französisches Finanzkapital geförderte tschechische Investitions- und Exportindustrie, sowie über die durch England finanzierte österreichische Industrie lief. Eine territoriale Aneignung Österreichs und der Tschechoslowakei war dazu an und für sich nicht nötig, nötig war nur die Brechung der Konkurrenzstellung der österreichischen und tschechischen Investitionsindustrie, die aber, wie gesagt auf französisches und englisches Finanzkapital gestützt war.²¹

Doch egal wie, wenn es dem deutschen Kapital gelingen würde, die tschechischen Konzerne zu übernehmen und die österreichischen Industriepositionen unter die eigene Kontrolle zu bringen „wäre die industriepolitische Monopolstellung Deutschlands nicht nur für Südosteuropa, sondern für einen guten Teil des Nahen Ostens“²² gesichert. Unter Vorwegnahme dieser Ausdehnung auf den Nahen Osten wurde im Mai 1934 der *Deutsche Orient-Verein* gegründet.

Wir sind so ausführlich auf diese Bestrebungen des deutschen Imperialismus zu Beginn der 30er Jahre eingegangen, um zu zeigen, daß die maßgeblichen national-chauvinistischen, aggressiv expansionistischen Bestrebungen schon vor 1933 und außerhalb der national-sozialistischen Organisationen geplant worden waren. Es waren die besonderen historischen Umstände, die die maßgeblichen imperialistischen Kräfte des Deutschen Reiches dazu bewegten, auf die faschistische Regierungsform zurückzugreifen.

1.3 Faschistische Diktatur als aggressive Krisenlösungsstrategie des deutschen Kapitals

1.3.1 Gemeinsame Lösungsansätze der imperialistischen Mächte: Expansion und staatskapitalistischer Interventionismus

Der Hintergrund dieser Politik waren die strukturellen Probleme der imperialistischen Wirtschaft, die nach starken Rationalisierungsmaßnahmen und einem massiven Konzentrationsprozeß mit den Mitteln des liberalen Kapitalismus nicht mehr zu lösen waren.²³

²⁰ Zit. nach Gudopp, a.a.O. S. 31

²¹ Sohn-Rethel, a.a.O. S. 81f.

²² Sohn-Rethel, a.a.O. S. 82

²³ Wir sollten uns aber davor hüten, den imperialistischen Expansionsdrang nur aus der Ökonomie abzuleiten. Schließlich läßt sich der gleichsam zwanghafte Impuls, die eigenen wirtschaftlichen Probleme auf dem Rücken anderer Völker zu lösen, nur mit der Jahrhunderte alten rassistischen und chauvinistischen Praxis der

Im Prinzip ähnelten sich zu Beginn der 30er Jahre die Ziele der führenden imperialistischen Mächte. Wissenschaftliche Studien imperialistischer Expertengruppen waren – ausgehend von der Weltwirtschaftskrise Ende der 20er Jahre – zu dem Ergebnis gekommen, daß ein Ausweg aus der strukturellen Krise nur in einer teilweisen Ausschaltung der Marktmechanismen liegen könne, indem die gesamte Industrie und Geldwirtschaft durch Bildung von Zwangskartellen und direkten staatlichen Eingriffen einer gewissen Steuerung unterworfen wird. Die Bourgeoisie sollte dabei für ihre verlorene Freiheiten durch garantierte Absätze ihrer Produktion entschädigt werden, durch Schaffung von zusätzlicher Nachfrage nach sog. nicht-produktiven Gütern, d.h. Gütern, die weder für die Reproduktion der Bevölkerung (Kleidung, Nahrung etc.) noch für die industrielle Produktion Verwendung finden. Im wesentlichen handelt es sich dabei um Rüstungsgüter, um staatlich, d.h. von der Masse der Bevölkerung, finanzierte Verschwendung und um Luxusgüter.

Doch nicht nur im Innern mußten marktwirtschaftliche Prinzipien außer Kraft gesetzt werden. Es erschien außerdem unabdingbar, einen größeren Teil der Welt so an sich zu binden, daß der wirtschaftliche Austausch nicht mehr nach den Regeln des Weltmarkts erfolge und die Kosten der Umstrukturierung zum größten Teil auf diese Regionen abgewälzt werden könne.

In der entsprechenden Terminologie hieß das, Stabilisierung imperialistischer Herrschaft sei nur möglich bei Kontrolle einer großen, hierarchisch gegliederten „Hegemonialzone“; das bedeutet ein wirtschaftlich-politischer Großraum, mit abgestufter Metropolen-Satelliten-Struktur, in der die unterjochten Völker der Peripherie in einem System abhängiger Arbeitsteilung drei Funktionen zu erfüllen hatten:

1. Rohstoffe, Lebensmittel und Billigprodukte für die Metropolen zu produzieren,
2. Abnehmer der industriellen Produkte der Herrenvölker zu sein und
3. als gigantisches Reservoir billiger industrieller Reservearmeen zu dienen.²⁴

Die verschärfte Arbeitsausbeutung und der Transfer des erwirtschafteten Reichtums in die Metropolen sollte neben hohen Profitraten für die imperialen Großbourgeoisien die Erhöhung des Lebensstandard für weite Bevölkerungskreise in den Metropolen ermöglichen, um revolutionäre Bestrebungen im inneren auszuschalten.²⁵

Die Methoden, diese Umstrukturierung durchzusetzen, hingen von der Situation ab, in der sich das jeweilige imperialistische Land befand. In den USA, die aus dem 1. Weltkrieg äußerst gestärkt hervorgegangen waren und mittlerweile weit mehr als Südamerika unter ihrer Kontrolle hatten, ließen sich die innenpolitischen Maßnahmen – mit Hilfe des Rooseveltschen „New Deals“ – innerhalb des Rahmens einer eingeschränkten parlamentarischen Demokratie durchsetzen. Im Gegensatz zu diesem zivilen Keynesianismus mußten die bürgerlichen Spielräume in anderen Ländern, wie etwa in Japan und Deutschland, weit stärker eingeschränkt werden, „am intensivsten in Deutschland, mit der Entwicklung einer neuen, totalitären bürgerlichen Staatsform, dem Faschismus.“²⁶

1.3.2 Die deutsche Variante: *Lebensraum* – die Weiterentwicklung des „Mitteleuropa“-Konzepts unter dem Faschismus

Wir wollen im folgenden auf diese deutsche Variante staatskapitalistischer Interventionismus ausführlicher eingehen. Einmal, weil hier die grundlegende Zielrichtung deutschen Expansionsstrebens besonders deutlich wird. Zum anderen aber auch, weil in den Planungsdokumenten der wissenschaftlichen und politischen Intelligenz die unter dem deutschen Faschismus verfaßt wurden, imperialistische Überlegungen in einer deutlichen, unverhüllten, ja

europäischen Eliten erklären. Denn zu jedem Zeitpunkt existierte im Prinzip die Möglichkeit eine nicht-imperialistische Form gesteuerter Wirtschaft einzurichten, d.h. zu sozialistischen Wirtschaftsweisen überzugehen.

²⁴ Heinz Dieterich: Ironien der Weltgeschichte. Strukturparallelen zwischen Nazi-Lebensraum und Erster/Dritter Welt heute. In: Bruni Höfer, Heinz Dieterich, Klaus Meyer (Hg.): Das Fünfhundertjährige Reich. Emanzipation und lateinamerikanische Identität: 1492-1992. S. 112

²⁵ Wobei zudem das Zentrum genügend groß sein mußte, um dem ganzem Stabilität zu verleihen – sicherer Binnenmarkt, Reservoir qualifizierter Arbeitskräfte und loyaler Soldaten.

²⁶ Dieterich, a.a.O. S. 72

brutalen Sprache dargelegt wurden, die unseres Erachtens bis heute – weltweit im Verhältnis Erste-Dritte Welt – ihre Gültigkeit haben.

Anknüpfend an die Mitteleuropa-Pläne entwickelten die deutschen Eliten unter dem Faschismus ihre imperiale Krisenlösungsstrategie unter dem Begriff „Lebensraum“: die Schaffung eines wirtschaftlichen Großraumes unter der Vorherrschaft Deutschlands; d.h. vom Zentrum Deutschland sollten konzentrische Kreise mit abnehmendem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und Lebensstandard geschaffen werden, bei zunehmendem Ausbeutungsgrad der menschlichen und materiellen Ressourcen. Die unmittelbaren Nachbarstaaten würden ihre formelle Selbständigkeit und ihr industrielles Potential behalten. Den nächsten Kreis würden halbkoloniale Staaten bilden, die auf einer niedrigen Entwicklungsstufe gehalten würden und am Rand Regionen unter kolonialer Besatzung, die de-industrialisiert, auf eine rein agrarische Wirtschaft zurückgeworfen würden.

Geopolitisch konnte der Hauptteil des zu erobernden Großraums nur im Osten liegen. Hitler führte dazu folgendes aus: „Deutschlands 'Indien' liegt im 'Osten': Die Geburtsstätte des englischen Selbstbewußtseins ist Indien. Vor 400 Jahren hatten die Engländer nichts davon. Die Riesenräume Indiens haben sie gezwungen, mit wenigen Menschen Millionen zu regieren. Mitbestimmend war dabei die Versorgung größerer europäischer Einheiten mit Lebensmittel und Gebrauchsgegenständen.... Bei unserer Besiedelung des russischen Raumes soll der 'Reichsbauer' in hervorragend schönen Siedlungen hausen. Die deutschen Stellen und Behörden sollen wunderbare Gebäulichkeiten haben, die Gouverneure Paläste. Um die Dienststellen herum baut sich an, was der Aufrechterhaltung des Lebens dient. Und um die Stadt wird auf 30 bis 40 km ein Ring gelegt von schönen Dörfern, durch die besten Straßen verbunden. Was dann kommt ist die andere Welt, in der wir die Russen leben lassen wollen, wie sie es wünschen. Nur, daß wir sie beherrschen. Im Fall einer Revolution brauchen wir dann nur ein paar Bomben zu werfen auf deren Städte, und die Sache ist erledigt.“²⁷

Neben den schönen Siedlungen und Palästen die „andere Welt“, die „Welt der Russen“. Unangenehme aktuelle Bilder drängen sich dabei auf von Townships, Bantustans und Slums im heutigen Afrika, Asien und Südamerika, die einen unmenschlichen Kontrast bilden zum Reichtum in Nordamerika und Europa.

Maxime des Nationalsozialismus für die Konstruktion des deutschen „Indiens“ war die des britischen Vorbilds: ökonomische Ausplünderung mittels des Einsatzes von Gewalt. Voraussetzung dafür war die Zerschlagung der Sowjetunion. Es bestand Einigkeit unter den wesentlichen Fraktionen von Wehrmacht, politischer und ökonomischer Elite, das Sowjetregime zu stürzen, sowie Rußland durch „Balkanisierung“, Annexion von Teilen, Entvölkerung, Entindustrialisierung zu schwächen. „Jede staatliche Organisation war zu vermeiden und die Angehörigen dieser Völkerschaften auf einem möglichst entsprechenden Kulturniveau zu halten. Man müsse davon ausgehen, daß diese Völker uns gegenüber in erster Linie die Aufgabe haben uns wirtschaftlich zu dienen.“²⁸

„Es wird keine Kolonien mehr geben, die allen möglichen Illusionen Tür und Tor öffnen, sondern nur Wirtschaftsgebiete, die nach einem klaren Plan betreut werden“ hatte Himmler 1940 ausgeführt.²⁹

Die logische Folge dieses Programms, das unverhüllt brutal angegangen wurde, war die Anwendung von Staatsterror.³⁰

²⁷ Zitiert nach Dieterich, a.a.O. S. 91f.

²⁸ A. Dallin: Deutsche Herrschaft in Rußland 1941-1945. Düsseldorf 1981, S. 57

²⁹ Vgl. Dieterich, a.a.O. S. 143, Anm. 29

³⁰ Hitler führte dazu aus: "Mit demokratischen Einrichtungen kann man nicht halten, was man mit Gewalt genommen hat." Man solle sich zwar nicht "vorzeitig und unnötig" das Volk zum Feind machen, aber der deutschen Führung selbst müsse "dabei klar sein, daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herausgehen." Man brauche die deutsche "Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntzugeben", doch "alle notwendigen Maßnahmen, – Erschießen, Aussiedeln usw. – tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun." Zitiert nach Dieterich, a.a.O. S. 93

1.3.3 Ausgangsbedingungen des deutschen Expansionismus

Deutschland war zur Durchsetzung seiner Pläne in einer ungünstigen Ausgangsposition. Es hatte seit seiner Niederlage nur noch eingeschränkten Zugriff zu den Ressourcen abhängiger Länder, auf die jedes imperialistisches Land unbedingt angewiesen ist. Ohne die Akkumulation des Reichtums der Kolonien und Halbkolonien konnte bei keinem der imperialistischen Konkurrenten wirtschaftliche Entwicklung stattfinden und war der Aufbau eines Militärpotentials undenkbar. Das bedeutete, daß Deutschland den allergrößten Teil seiner Aufrüstung auf der Basis direkter oder indirekter Kredite durchführen mußte, die erst durch die späteren Kriegsgewinne gedeckt werden konnten. Diese Last sollte natürlich den „Ostgebieten“ aufgebürdet werden: „die Opfer des Aggressionskrieges sollten die Kosten der Aggression auch noch selbst bezahlen“³¹

Die Einverleibung Österreichs, die Annexion der Tschechoslowakei und die Überfälle auf Polen, Belgien, Frankreich, Norwegen mußten erst die Bedingungen schaffen, wirtschaftlich einen längeren Krieg führen zu können. Arbeitsdienst, Zwangsarbeit die schonungslose Ausbeutung der Arbeitskraft waren daher zwingend notwendig angesichts der mangelnden Ressourcen.

1.3.4 Wissenschaftliche Planung zukünftiger Ausplünderungen ...

Nüchterne Berechnungen von Volkswirtschaftlern zeigten, daß die Ressourcen des vom Deutschen Reich beanspruchten Raumes nicht ausreichen konnten, die gesamte darin lebende Bevölkerung ausreichend zu versorgen und es daher unausweichlich war, ganze Völker dem Hunger zu überlassen, wenn der anvisierte Lebensstandard für das Kernland erreicht und die militärischen Pläne durchgeführt werden sollten.

In einem geheimen Planungsdokument des *Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront* über die „Nutzung der eroberten Gebiete durch das deutsche Volk“, vom Dezember 1941, wird diese Logik deutlich zum Ausdruck gebracht: „Wenn eine Macht feindliches Gebiet erobert, stehen ihr zwischen der Wahl, entweder diese Gebiete mit ihrer Bevölkerung als gleichberechtigte neue Provinzen in den bisherigen Staatsverband einzugliedern, oder aber sie als Nutzungsobjekte zwar staatsrechtlich zu beherrschen, im übrigen aber getrennt zu verwalten, eine Vielzahl von Zwischenlösungen offen ... Je mehr fremdvölkischen Einschlag die Gebiete besitzen, um so weniger eignen sie sich für die gleichberechtigte Eingliederung in das ursprüngliche Gebiet; sie müssen als gesonderte Beute verwaltet werden. Selbstverständlich soll diese Beute für das Staatsvolk einen Nutzen abwerfen. Dieser Nutzen kann einerseits ein politischer sein; in diesem Fall wird der Sieger sich entschließen die eroberten Gebiete zu einem mehr oder weniger selbständigen Staat zusammenfügen und sich damit begnügen, diesen Staat in einer gewissen Abhängigkeit zu halten (vgl. Slowakei, Kroatien usw.). Das andere Extrem besteht in der ausschließlich wirtschaftlichen Nutzung mit gleichzeitiger Verhinderung jeder eigenständigen Staatsbildung in den eroberten Gebieten. Dieser Fall wird aus zwingenden politischen Gründen in dem größten Teil der jetzt gewonnen Ostgebieten eintreten. ...“

„Für die reguläre Volkswirtschaft gilt der Grundsatz, daß die Summe der Produktion gleich sei der Summe des Verbrauchs, d.h.: jede Volkswirtschaft verbraucht in ihrer Gesamtheit so viel, wie sie produziert. Auf dieser Gleichung beruht jede arbeitsteilige Wirtschaft ... Wenn nun die beherrschten Gebiete einen Teil ihres Arbeitsüberschusses zu Gunsten des Staatsvolkes (der Deutschen - H.D.) abgeben sollen, so muß für diese Gebiete die oben erwähnte Grundformel des wirtschaftlichen Zusammenhang durchbrochen werden. Die Bewohner der beherrschten Gebiete sollen nur einen Teil ihrer Produktion selbst verbrauchen können. Der andere Teil soll dem Staatsvolk als Gegenwert für seine politische Führung vorbehalten bleiben. Es soll also im Verhältnis vom Staatsvolk zum beherrschten Volk ein Zustand Platz ergreifen, den die volkswirtschaftliche Theorie als *Mehrwert* bezeichnete, wenn er im Verhältnis von Unternehmer zu Arbeiter auftritt.“³²

³¹ Dieterich, a.a.O. S. 94. Seit Wiedereinführung der Wehrpflicht, so Hitler am 25.3.1942, "hat unsere Rüstung ungeheure, bisher völlig ungedeckte Beträge verschlungen. Es gibt nun lediglich zwei Wege: entweder wird diese Steuerschuld doch im Laufe der Zeit auf die deutschen Volksgenossen im Reich abgewälzt, oder aber sie wird aus den möglichen Gewinnen der besetzten Ostgebiete bezahlt." Zitiert nach Dieterich, a.a.O. S. 95

³² Zitiert nach Dieterich, a.a.O. S. 95f. Die für die Verwendung fremdstaatlicher Rohstoffe verantwortlichen wissenschaftlichen Institute hatten schon vor dem Überfall auf die Sowjetunion kalkuliert, daß das Territorium

Diese angestrebten strukturellen Ausbeutungsbeziehungen zwischen Metropole und Peripherie entsprechen voll und ganz den Analysen und Modellen der Dependenztheorie, die in Bezug auf das aktuelle Verhältnis zwischen Erster und Dritter Welt angestellt wurden. „Auf lange Sicht (sei) die primitive Ausbeutungswirtschaft durch eine planmäßige Anpassung der Wirtschaftsstruktur an die Bedürfnisse des deutschen Volkes zu ersetzen. Erst dann ist ein wirklicher 'Gewinn' des deutschen Volkes gesichert“ heißt dies im oben erwähnten Papier weiter. Nach dem Krieg, so die Konzeption der deutschen Machtelite aus NSDAP, Wirtschaft und Wissenschaft, würde die sowjetische Bevölkerung „auf einem so niedrigen Standard leben, daß alle industrielle Produkte, angefangen vom einfachsten Wasserglas, dort vermarktet werden können“ (Hitler). Dort wo konkurrenzfähige Industrien bestanden, sollten die Ökonomien über De-Industrialisierung oder „Naturalisierung“ auf den erforderlichen „ergänzenden“ (komplementären), nicht konkurrenzfähigen Primitivitätsgrad reduziert werden.

1.3.5 ... und die Verheißungen für die deutsche Bevölkerung

In Zukunft werde man dem deutschen Arbeiter „an Lebensbedingungen und Lohn das Beste ... bieten und an Auswertung seiner Arbeitskraft, was technisch gegenwärtig überhaupt möglich“ sei. Eine derartige Revolution der Arbeitsintensität und des Einkommens könne sich aber nur im „europäischen Großraum“ vollziehen: „Im Großraum können deutsche Arbeiter in Zukunft nur für hochwertige und bestbezahlte Arbeit, die den höchsten Lebensstandard ermöglicht, angesetzt werden; Produkte diese Voraussetzungen nicht erfüllen, werden wir in immer zunehmendem Maße den Randvölkern zur Produktion überlassen müssen. Wir werden uns für den deutschen Arbeiter bei der industriellen Produktion Europas die Rosinen herauspicken.“³³ Oder noch ausführlicher in einem wissenschaftlichen Beitrag, veröffentlicht 1941 in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft*:

„Die Gefolgschaftsländer werden ... nicht nur ihren eigenen Bedarf an einer Reihe wichtiger gewerblicher Massengüter, sondern zum Teil allmählich auch den des Führerlandes decken können, während sich das Führerland selbst immer mehr auf solche Industriezweige verlegen können, die hochqualifizierte Arbeit und besonders lange Produktionsumwege erheischen ... Während also die kleineren Großraumglieder ... z.B. mehr für die großen Massen bestimmte Textil- und Lederwaren, mehr Produkte der Holz-, Eisen-, Metall-, Maschinen- und Bauindustrie usw. in den unteren und mittleren Preislagen werden herstellen können, wird die Erzeugung des Führerlandes an hochqualifizierten chemischen und elektrischen Fabrikaten, an besonders komplizierten oder eine besondere mechanische Fertigkeit erfordernden Maschinen und Geräten, an Fabrikeinrichtungen, Fahrzeugen, Flugzeugen und anderen kostbaren Produktivmitteln einen Aufschwung erleben ...“,

so Theo Suranyi-Unger in seinem Gastvortrag „Der Kampf um die Großraumwirtschaft“ an der Universität Leipzig am 8.3.1940.³⁴

Dies drückt unmittelbar das aus, was auch die Quintessenz der im Spiegel 1992 veröffentlichten Vorschläge der Unternehmensberatungsfirma Roland Berger & Partner, der zweitgrößten Dienstleistungsfirma dieses Typs in Deutschland, ausmacht. Wir werden darauf noch zurückkommen.

westlich der Linie Archangelsk-Astrachan (Doina-Wolga) ausreichen würde, um die wichtigsten Engpässe der Kriegswirtschaft für die Dauer des Krieges zu überbrücken. Daher hatte die Versorgung des Deutschen Reiches mit Nahrungsmittel und Rohstoffen aus den besetzten Gebieten des Ostens absoluten Vorrang, auch dann "wenn eine kriegsnotwendige Maßnahme einmal im Widerspruch zu der für die Zukunft beabsichtigten Gestaltung des Ostraumes treten sollte." Alexander Dallin, zitiert nach Dieterich, a.a.O. S. 96

³³ Karl Heinz Roth: Vernichtung und Entwicklung. Die nazistische "Neuordnung" und Bretton Woods. Zitiert nach Dieterich, a.a.O. S.99

³⁴ Zitiert nach: Hunno Hochberger: Zur Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg. Einige Überlegungen unter dem Stichwort "Deutscheuropa". In: Andreas Meurer, Hardy Vollmer, Hunno Hochberger: Die Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg. Hintergründe, Methoden, Ziele. GNN-Verlag. Köln 1992, S.33

1.3.6 Überschuß- und Zuschußgebiete: Lebensstandard auf Kosten von abhängigen Länder

Westeuropa, insbesondere Frankreich und Belgien sollten als zusätzliche Investitionszentren des deutschen Kapitals dienen und Skandinavien und das „Protectorat Böhmen und Mähren“ schwerpunktmäßig in der Energie-, Aluminium- und Kfz-Produktion tätig sein. Für Südosteuropa waren intensive Landwirtschaft, Rohstoffherzeugung und begrenzte industrielle Produktion von Gütern des billigen Massenbedarfs vorgesehen und aus Polen und der Sowjetunion schließlich sollten agrarisch unterentwickelte Länder werden, welche die Ware Arbeitskraft und Rohstoffe zur Verfügung stellen würden.³⁵

Auch hier gibt es, wie wir noch aufzeigen werden, unmittelbare Parallelen zu aktuellen Überlegungen.

Im Rahmen dieser „großräumigen Ausbeutungsstruktur“ war alles legitim, was ein möglichst großes Mehrprodukt der peripheren Ökonomien für die Metropole ermöglichte. Eine gewisse „abhängige Entwicklung“ war möglich, solange sie dieses Mehrprodukt erhöhen würde. Eine Ausarbeitung der *Forschungstelle für Wehrwirtschaft beim Amt des Beauftragten für den Vierjahresplan* z.B. meinte bezüglich Südosteuropa, daß allgemein gegen eine wirtschaftliche Entwicklung der Region im Rahmen der ihr zugewiesenen Produktionsbereiche nichts einzuwenden wäre, solange sie die Erträge für die Metropole nicht einschränkte.

„... wir haben ein großes Interesse an wirtschaftlich leistungsfähigen Nachbarn. Darüberhinaus müssen wir allerdings auf eine möglichst große Überschußproduktion jener Länder bedacht sein, weshalb wir in keinem Fall an einer Entwicklung mithelfen können, die das dortige Lebensniveau auf Kosten der für uns verfügbaren Überschußproduktion erhöht.“

„Würde der Verbrauchsstandard der südosteuropäischen Länder auf unseren eigenen Verbrauchsstandard ansteigen, dann würden nicht nur die bisherigen Exportüberschüsse Südosteuropas an Nahrungs- und Futtermittel fallen, sondern es würden darüber hinaus in der gesamteuropäischen Ernährungs- und Rohstoffversorgung ein Defizit auftreten, das überhaupt nicht mehr überbrückt werden könnte.“

Es könne auch nicht Ziel sein die „in der agrarischen Überbevölkerung zum Ausdruck kommende ‚verdeckte Arbeitslosigkeit‘ zum Verschwinden zu bringen. Besser können diese überschüssigen Arbeitskräfte bei uns selbst eingesetzt werden.“

„In der Tat sind die überschüssigen Arbeitskräfte des Südostens das wertvollste Exportgut, das uns jene Länder schon jetzt und in der Nachkriegszeit liefern können. Es ist darum zu erwägen, ob es nicht zweckmäßig ist, der Übernahme größerer Menschenmengen als Wanderarbeiter eine wichtigere Rolle im deutsch-südosteuropäischen Wirtschaftsverkehr zuzuweisen ...“³⁶

In diesem bemerkenswerten Dokument wird exemplarisch herausgearbeitet, was für alle imperialistischen Strukturen und Strategien wesentlich ist: die Tatsache, daß eine Erhöhung des Lebensstandards der sogenannten Randvölker ohne Verringerung des Lebensstandards in der imperialistischen Metropole nicht möglich ist und genauso natürlich umgekehrt, ein hoher Lebensstandard in der Metropole nur auf Kosten der Peripherie gehen kann.

Heinz Dieterich, der sich in einem Aufsatz ausführlich mit den Strukturparallelen der imperialistischen Krisenlösungsstrategien in den 30er Jahren und den Analogien zu den heutigen Nord-Süd-Beziehungen auseinandersetzt, dazu: „Die von den nationalsozialistischen Technokraten und Politikern dergestalt formulierten Maxime kapitalistisch-ökonomischer Rationalität sind nicht Ausdruck ihrer besonderer Niederträchtigkeit – gegenüber dem Diskurs, etwa der heutigen liberalen Demokratien.“ Sie dokumentieren lediglich „unverhüllt und daher brutaler“ die bis heute gültige Strategie der herrschenden kapitalistischen Eliten in den imperialistischen Staaten.³⁷

³⁵ Dieterich, a.a.O. S. 98

³⁶ In: Wolfgang Schuhmann (Hg.): Griff nach Südost-Europa. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften. Berlin, DDR 1973, S. 109ff. Zitiert nach: Dieterich, a.a.O. S. 99ff.

³⁷ Dieterich, a.a.O. S. 103

Außer den sozusagen einleitenden militärischen, war ein ganzes Bündel von Maßnahmen geplant, mit denen die Großraumbildung und Weltmarkteroberung durchgesetzt und konsolidiert werden sollte. Vordringlich war das enge Zusammenwirken von Hochfinanz, Großindustrie und staatskapitalistischer Interventionspolitik, um die Vorherrschaft zu sichern. Im Zusammenspiel sollte u.a. eine Kapitaldurchdringung der konkurrierenden Konzerne innerhalb des deutschen Reichmarkblocks mit Bildung deutscher Aktienmehrheiten, Sicherung des Patentmonopols, Steuerbegünstigungen und Standortvorteile für die deutsche Großindustrie, Monopolstellungen über die zentralen Rohstoffquellen u.v.m. erreicht werden (s.o.)

„Wie im allgemeinen bei imperialen oder imperialistischen Projekten nötig, mußte auch die Krisenüberwindungs- und Hegemonialstrategie des 'Lebensraums' staatsterroristisch und herrschaftstechnisch abgesichert werden. Eines der dafür eingesetzten Mittel war die Geopolitik des Hungers. Um den 'Siedlungsraum im Ostens' für die Eroberer freizumachen, sollte die dort ansässige Bevölkerung – wie bei der Kolonisierung Amerikas – entweder liquidiert (Juden, Sinti, Roma etc.), in marginale Gegenden abgedrängt oder in Heloten verwandelt werden. Gemäß den Plänen des Reichssicherheitshauptamtes sollten nach dem Sieg über die Sowjetunion von den rund 45 Millionen Osteuropäern, die 1941/42 noch diesseits der geplanten Ostgrenze des deutschen Siedlungsraumes lebten, 31 Millionen nach Sibirien deportiert und der Rest innerhalb von 30 Jahren 'eingedeutscht' werden.“³⁸

Wie schon weiter oben skizziert gingen die deutschen ökonomisch-politischen Führungsstäbe von der „Tatsache“ aus, daß der Nahrungsverbrauch im Osten reduziert werden müsse, damit Deutschland genug zu essen habe. Folgerichtig wurden der Osten in Überschuß- und Zuschußgebiete aufgeteilt. „Nur diejenigen Gebiete werden wirtschaftlich gefördert und vordringlich in Ordnung gehalten werden müssen, in denen bedeutende Ernährungs- und Mineralölreserven für uns erschlossen werden können“.³⁹ Ein Beispiel dafür ist auch, daß die jetzt noch lebende ältere Generation davon zu berichten weiß, in Deutschland erst nach dem Krieg wirklich gehungert zu haben.

Die Produkte der Überschußgebiete sollten selbstverständlich nicht mehr für die übrigen russischen Regionen zur Verfügung stehen. „Ein deutsches Interesse an der Erhaltung der Erzeugungskraft dieser Gebiete ist, außer hinsichtlich der Versorgung der dort stehenden Truppen, nicht vorhanden.“ Daher müsse auch jeder „Lebensmitteltransport aus dem fruchtbaren Süden in den Norden unterbunden werden ... Die Bevölkerung dieser (nördlichen) Gebiete, insbesondere die Bevölkerung der Städte wird größter Hungersnot entgegensehen.“ Versuche, die Bevölkerung „vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse (für die Nordgebiete) heranzieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. ... Daraus folgt zwangsläufig ein Absterben sowohl der Industrie wie eines großen Teiles der Menschen in den bisherigen Zuschußgebieten (Rußlands)“.⁴⁰

Auch hier drängen sich die Parallelen zu den „Zuschußgebieten“ Afrikas auf. Der Hungertod dort wird natürlich nicht mehr offen, administrativ geplant, sondern geschieht über den „Markt“, das heißt aber über die Politik der multinationalen Konzerne und ihrer Regierungen. „Und mit den heutigen Daten läßt sich statistisch exakt vorhersagen, wieviel Menschen in den 'Zuschußgebieten zwangsläufig absterben' wenn die Banker in New York, Tokio, London und Frankfurt beschließen, die internationalen Zinssätze um einen Prozentpunkt anzuheben“, so Heinz Dieterich in seinen Untersuchungen.⁴¹

³⁸ Dieterich, a.a.O. S. 105

³⁹ Dieterich, a.a.O. S. 106

⁴⁰ Himmler sprach in einer Rede Anfang 1941 von einer Dezimierung der slawischen Bevölkerung um 30 Millionen als dem Ziel des russischen Feldzugs. Siehe Dieterich, a.a.O. S. 106 und 144 Anm. 47

⁴¹ Dieterich, a.a.O. S. 107

1.4 Die heutige „freie Welt“ – die Essenz der imperialistischen Krisenlösungsstrategien der dreißiger Jahre

Es fehlt uns hier der Raum, auf die Strategien der USA einzugehen, die ja letztlich siegreich aus dem 2. Weltkrieg hervorgegangen sind. Zusammenfassend nur soviel: Der deutsche Imperialismus zielte, wie der japanische, offen auf eine „Neue Ordnung“ und berief sich ideologisch auf die von den USA seit 100 Jahren angewandte Monroe-Doktrin (dem Interventionsverbot aller anderer Mächte in Amerika), als Präzedenzfall eines völkerrechtlichen Großraumprinzips. Die USA hingegen, als aktuell stärkste Macht und sicherem Erben des britischen Imperiums, konnten keinen Nutzen aus einer grundlegenden Neuordnung ziehen und zielten daher auf den Erhalt des status quo. Während daher die Japaner ideologisch mit der Losung „Asien den Asiaten“ und Deutschland „Europa für die – germanisierten – Europäer“ um Verbündete in den potentiellen Großraumregionen warben, führten die USA, zusammen mit England, da sie eine weltweite Hegemonie zu verteidigen hatten, die ideologische Auseinandersetzung in der allgemeinen Form der Verteidigung der Demokratie und des Selbstbestimmungsrecht der Völker.⁴²

So stark sich die Strategien in der Form nach unterschieden, war der tatsächliche grundlegende Inhalt im wesentlichen derselbe. Die weltweiten Strukturen, die sich nach dem 2. Weltkrieg in dem von den imperialistischen Staaten kontrollierten Teil der Welt herausbildeten, sind die Essenz dieser Krisenlösungsstrategien. Befreit man die Beziehungen zwischen Erster und Dritter Welt von den ideologischen Mänteln, mit denen sie verhüllt werden, kommen im wesentlichen die Beziehungen zum Vorschein, die von der deutschen Intelligenz während des Faschismus offen formuliert worden waren.

Um noch einmal Heinz Dieterich zu zitieren: „Die gegenwärtige Situation ist abstoßender noch als die historisch geschilderte. Die Nazis könnten ... demagogisch ... die Kriegsnotwendigkeiten anführen. Die gegenwärtigen Weltwirtschaftszentren befinden sich weder im Krieg, noch leiden sie unter Mangel an Nahrungsmitteln. Im Gegenteil, riesige Summen werden verschwendet in der Vernichtung von Ernährungsüberschüssen ... Das liberale Kapital, im Gegensatz zum administrativen Vernichtungsmoloch des Nationalsozialismus, tötet vorwiegend über den Markt. Doch da die ideologischen Apparate der Freien Welt ihre Indoktrinationsfunktion bis zur Perfektion erfüllen, ist das 'zwangsläufige Absterben' der Menschen in der Dritten Welt kein Skandal, sondern eben nur eine der trivialen Zwangsläufigkeiten, die diese Welt heimsuchen“⁴³ Doch wie die Kriege in Afrika, Asien und Amerika in den letzten 50 Jahren gezeigt haben, tötet der Imperialismus nicht nur über den Markt.

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas und der Sowjetunion ist der Weg nach Osten und Südosten wieder frei. Es deutet alles daraufhin, daß der größte Teil der Länder dabei ist, sich in eine der oben geschilderten Abhängigkeiten zu begeben und dabei auf den Status von Dritte-Welt-Ländern abzugleiten. Wo dies nicht mit politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen zu erreichen ist, wird der Hebel der Staaten destabilisierenden und Staaten auflösenden Gewalt angewandt. Jugoslawien, worauf wir im folgenden eingehen wollen, ist dafür unserer Meinung nach ein Beispiel.

⁴² Vgl. Dieterich, a.a.O. S. 113ff. und den Aufsatz allgemein zum Vergleich zwischen den US-amerikanischen, japanischen und deutschen Großraumkonzepten.

⁴³ Dieterich, a.a.O. S. 107f.

2. Deutschland – Die Zentralmacht Europas

2.1 Die Renaissance des „Mitteleuropa-Konzepts“

Der konservative Historiker und Adenauerbiograph Hans Peter Schwarz eröffnet sein neuestes Werk zur Rolle Deutschlands als „Zentralmacht Europas“ mit der Feststellung, zu den großen Zäsuren deutscher Geschichte zähle der 1. September 1994, der Tag des Abzugs der letzten russischen Einheiten aus Deutschland. „Damit geht eine Epoche zu Ende, die ein halbes Jahrhundert zuvor begonnen hatte.“⁴⁴ Die BRD ist damit vier Jahre nach dem Anschluß der DDR wieder dreierlei in einem: ein Nationalstaat, eine europäische Großmacht und die Zentralmacht Europas. „Denn es gibt nur ein Land, das dank geographischer Lage, dank wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und kultureller Ausstrahlung, dank Größe und dank immer noch vorhandener Dynamik die Aufgabe einer Zentralmacht wahrnehmen muß – und das ist eben Deutschland.“⁴⁵ Deutschland ist bereits die Zentralmacht Europas bzw. europäische Großmacht. Da aber der Großmachtbegriff im Inland und Ausland eher die Erinnerung an ungebremsste Hegemonialpolitik, Krieg und Vernichtung weckt, zieht er den neuen Begriff „Zentralmacht Europas“ vor – gemeint ist dasselbe.

2.1.1 Schäuble/Lamers und das „Kerneuropa“

Pünktlich zum Tag der großen Zäsur sorgte am 1. September 1994 CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble zusammen mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lamers, für Aufsehen, als er sein Strategiepapier mit „Überlegungen zur europäischen Politik“ veröffentlichte. Darin formuliert er – ganz im Sinne von Hans Peter Schwarz'ens Gedanken zur „Zentralmacht Europas“ – die Ziele neuer deutscher Großmachtpolitik und fordert die Bildung eines „Kerneuropas“ mit Deutschland, Frankreich und den Benelux-Staaten als Kern und Deutschland und Frankreich als „Kern des festen Kerns“ – mit dem Willen, nach fast 50 Jahren Abstinenz endlich wieder als kontinentale Ordnungsmacht aufzutreten. Neben der „Stabilisierung des Ostens“ nennt Schäuble als weitere strategische Ziele den Mittelmeerraum und die Entwicklung einer strategischen Partnerschaft mit der Türkei. Dieser 14-seitige Text kann als grundlegende strategische Skizze für den Sprung der BRD zur Weltmacht gewertet werden. Seine Schreiber gehen davon aus, daß das Land „aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Größe und seiner Geschichte“ zur Großmacht bestimmt ist. Und sollten Frankreich und die Benelux-Staaten der Bildung eines Kerneuropa nicht zustimmen, so könnte die BRD „aus eigenen Sicherheitserwägungen versucht sein, die Stabilisierung des östlichen Europa alleine und in der traditionellen Weise zu bewerkstelligen.“⁴⁶ Die „traditionellen“ deutschen Neuordnungen im Osten haben der Welt zweimal in diesem Jahrhundert Millionen von Toten und Jahre der Unterdrückung und kriegerischen Verwüstung gebracht.

Unterstützung für ihre in der CDU/CSU nicht unumstrittenen Thesen zu „Kerneuropa“ hatten Schäuble und Lamers vom Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, erhalten, der in der Sonntagszeitung der FAZ sagte, daß in dem Unionspapier nur gesagt worden sei, was ohnehin alle „dachten, wußten oder befürchteten“. Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer führte in dieser Zeit auch wieder den Begriff der „konzentrischen Kreise“ in die Diskussion um die Zukunft der deutschen Europapolitik ein.⁴⁷ Was damit gemeint ist, wurde weiter oben bereits ausgeführt.

Zum Abschluß der deutschen EU-Präsidentschaft wird die Kohl-Regierung auf dem Gipfel in Essen im Dezember eine „Heranführungsstrategie“ für die osteuropäischen Staaten beschließen, die die Osterweiterung der Europäischen Union zum Ziel hat – zur Zeit sind Polen, die Tschechische Republik, die Slowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien mit der EU assoziiert, mit den baltischen Staaten und Slowenien werden entsprechende Verträge vorbereitet. Vor allem die BRD wird von dieser Osterweiterung profitieren, entfallen doch 50% des EU-Handels mit

⁴⁴ Hans Peter Schwarz: Die Zentralmacht Europas – Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne. Siedler Verlag. Berlin 1994, S. 7

⁴⁵ Schwarz, a.a.O. S. 8

⁴⁶ Zitiert nach: Politische Berichte 19/94, S. 3

⁴⁷ Vgl. Frankfurter Rundschau vom 13.9.94, S. 1

Osteuropa auf die BRD. Der Osten wird hierbei als „Aktionsspielraum für die deutsche Außenpolitik“ angesehen.

2.1.2 Kinkel und die Verantwortung in der Welt

Bereits im März 1993 hatte Außenminister Klaus Kinkel in einem in der FAZ veröffentlichten Aufsatz die gleiche Stoßrichtung vorgegeben: „Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Inneren müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal zuvor gescheitert sind: im Einklang mit unseren Nachbarn zu einer Rolle zu finden, die unseren Wünschen und unserem Potential entspricht. Die Rückkehr zur Normalität im Inneren wie nach außen...“.⁴⁸ In seinem Artikel definierte er die Perspektiven der Außen- und Weltpolitik Deutschlands: „Wir sind aufgrund unserer Mittellage, unserer Größe und unserer traditionellen Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa auch dazu prädestiniert, den Hauptvorteil aus der Rückkehr dieser Staaten nach Europa zu ziehen. Dies gilt nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Stellung der deutschen Sprache und Kultur in Europa. (...) Wir haben in die Wiedervereinigung eine Investition getätigt, die uns vorübergehend zu Einschränkungen zwingt, die sich aber in einigen Jahren auszahlen wird ...“ Weiter unten fordert er: „Wir müssen jetzt unsere Fähigkeit zur Normalität nach innen und außen unter Beweis stellen, wenn wir politisch nicht schwer Schaden nehmen wollen. Zu dieser Normalität gehört auch ein deutscher ständiger Sitz im Weltsicherheitsrat ...“

2.1.3 Ende der Blockierung des deutschen Imperialismus durch den Wegfall der Sowjetunion

Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und der Auflösung der Sowjetunion werden damit in der BRD nun, nachdem sie außenpolitisch rund 50 Jahre lang blockiert war, großmachtpolitische Ambitionen in Richtung Osten offen diskutiert, v.a. aber auch praktiziert.

Schon Friedrich Naumann wußte genau, daß die wirtschaftliche Großraumbildung nur über die Ausnutzung des Strebens nach Unabhängigkeit von Teilen der Tschechen, Slowaken, Kroaten, Slowenen usw. möglich sein würde. Wesentlich schienen ihm zwei Kernelemente: der mitteleuropäische Wirtschaftsverbund und „mitteleuropäische Kernstaaten“.⁴⁹ In der Gegenwart sind diese zwei Kernelemente in gewisser Hinsicht die Europäische Union und die bereits dargelegten Kernstaaten-Gedanken, mittels derer eine weitere Ausdehnung deutscher Hegemonie betrieben werden soll. Nach 1945 war dies erst einmal nicht mehr möglich. „Mittleuropa“ schien ein verblaßtes Bild aus einer unwiederbringlichen Geschichte.“⁵⁰

Erst in den 70er und 80er Jahren wurde der alte Gedanken von einem „Mittleuropa“ wieder aufgegriffen – er sollte nun zur Destabilisierung der Ostblockstaaten genutzt werden. „Mittleuropa“ wurde ab Mitte der 80er Jahre von den hier im Westen hochgeschätzten, da oppositionellen, Intellektuellen Ungarns, Kroatiens und Polens aufgegriffen. Angestoßen hatte dies der damalige US-amerikanische Vizepräsident George Bush, als er im September 1983 nach einer Rundreise durch Jugoslawien, Rumänien und Ungarn in der Wiener Hofburg einen Vortrag gehalten hat, in dem er sich für eine Politik der regionalen Differenzierung einsetzte, mit dem Ziel, die Unabhängigkeit dieser Staaten zu fördern – bereits zu diesem Zeitpunkt wurde also offen die Souveränität z.B. Jugoslawiens in Frage gestellt und eine offene Destabilisierungspolitik betrieben. Der Begriff, mit dem er diese Region – Ungarn, Slowenien, Kroatien, Tschechoslowakei, Polen usw. – bezeichnete, war das deutsche Wort „Mittleuropa“.⁵¹ „Mittleuropa“ wurde bei den Intellektuellen dieses Raumes mithin zu einer Art Codewort, das signalisieren sollte, daß sie sich als Teil der politischen Kultur des Westens verstanden.

Der sozialdemokratische Vordenker Peter Glotz forderte 1986: „Wir müssen Mittleuropa zurückgewinnen, zuerst als Begriff, dann als Realität“⁵². Zur Erreichung dieses Ziels wurde von sozialdemokratischer Seite v.a. die Schaffung eines atomwaffenfreien Korridors in beiden

⁴⁸ Klaus Kinkel: Verantwortung, Realismus, Zukunftssicherung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.3.93

⁴⁹ Vgl. Schwarz, a.a.O. S. 245

⁵⁰ Schwarz, a.a.O. S. 248

⁵¹ Schwarz, a.a.O. S. 249

⁵² zitiert nach: Schwarz, a.a.O. S. 250

deutschen Staaten, einer chemiewaffenfreien Zone in beiden deutschen Staaten und in der Tschechoslowakei, die Lockerung der COCOM-Bestimmungen für die Staaten dieses Raumes, eine Mitteleuropäische UNESCO-Kommission zur Pflege kultureller Denkmäler Mitteleuropas und anderes in die Diskussion gebracht – zur Aufweichung und langsamen Destabilisierung der Ostblockstaaten.

1991 wurde von dem konservativen Berliner Historiker Arnulf Baring ein Gespräch veröffentlicht, in dem die Rolle Deutschlands in der Zukunft hervorgehoben wird. „Wenn die Schwierigkeiten der Vereinigung überwunden sein werden – in fünf, zehn oder fünfundzwanzig Jahren, wird Deutschland gar nicht darum herumkommen, Osteuropa ökonomisch zu durchdringen, und wahrscheinlich wird ihm auf diesem Wege zufallen, was das Dritte Reich mit ein paar hundert Divisionen nicht erreichte – die Vorherrschaft in jenen unabsehbaren Räumen zwischen Weichsel, Bug, Dnjepr und Don.“ – So die Vorhersage des konservativen Verlegers Wolf Jobst Siedler. Und er meinte weiter, daß Deutschland zum ersten Mal wieder **die** Hegemonialmacht ganz Mitteleuropas sei: „Es wird für die Tschechoslowaken, für Ungarn, zum Teil auch für Polen die Führungsmacht sein.“⁵³

„Langfristig wird es in Osteuropa de facto kaum einen wirklich souveränen Staat mehr geben; alle werden sich mehr oder weniger dem Diktat des germanischen Leviathans beugen müssen. Nein, die künftige, schon eingeleitete Germanisierung Osteuropas wird nicht mit Krieg und Gewalt durchgeführt, sie wird eher eine erweiterte Version des in den ersten Dekaden dieses Jahrhunderts von Friedrich Naumann konzipierten 'Mitteleuropa', eine Art vergrößertes k.u.k. Gebilde“, so der spanische Publizist Heleno Saña 1990 in seinem Buch „Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg“.⁵⁴

Die Wirtschaftsbeziehungen mit Polen, der Tschechischen Republik, der Slowakei, Ungarn, Bulgarien und Slowenien ähneln bereits heute schon dem Muster der dreißiger Jahre mit seinen asymmetrischen Handelsbilanzen zugunsten der BRD, die neben Frankreich dort die tatsächliche Wirtschaftsmacht in diesem Raum darstellt. Ganz im Sinne der Politik der „konzentrischen Kreise“ mit abfallender wirtschaftlicher Intensität und Durchdringung, formulierte der deutsche Unternehmensberater Roland Berger in einem Spiegel-Interview 1992 die Rolle Deutschlands: „Die Deutschen sollten sich auf ihre Stärke besinnen und sich von allem lösen, was andere auch und noch dazu billiger können. ... Wir sind stark in allen wissensintensiven und kreativen Arbeiten, im Erfinden, Entwickeln, Konstruieren, in der Fertigung von technologischen Herzstücken und Spitzenprodukten. ... Unsere Zukunft als Industrieland ist die eines Systemkopfes, aber nicht die eines Herstellers von Profilstahl und eines Hemdennähers. ... Der Weltmarkt wächst zu einer Einheit, und daher müssen wir die Arbeitsteilung unter den Ländern neu organisieren, nach dem Motto: Intelligenz in Deutschland, mehr Komponenten von draußen und mehr Montage vor Ort, im In- und Ausland. ...“⁵⁵ Analogien zu den im 1. Teil zitierten Ausführungen in der *Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft* 1941 drängen sich auf.

2.2 Die Intervention der BRD in den jugoslawischen Bürgerkrieg

Da die Ziele des deutschen Imperialismus in den bereits erwähnten Dokumenten relativ offen formuliert werden, läßt sich rückblickend auch mehr zur Interventionspolitik des Westens in die Krise und den späteren Krieg in Jugoslawien sagen. Wir möchten daher im folgenden noch kurz darstellen, wie die Destabilisierung und spätere Intervention in Jugoslawien von statten ging.

2.2.1 „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker als Instrument einer Staatenbund zerlegenden Interventionspolitik

Wesentliche Parole der deutschen Politik zur Durchsetzung ihrer Interessen in Ost- und Südosteuropa ist in den vergangenen Jahren die vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ gewesen. Dabei versucht die BRD an Konflikten zwischen Einwohnern verschiedener Sprachen oder Weltanschauungen innerhalb eines betreffenden Staates oder Staatenbundes anzuknüpfen. Konflikte, die überwiegend auf Mißständen oder Ungleichmäßigkeiten wirtschaftlicher Art –

⁵³ Schwarz, a.a.O. S. 251

⁵⁴ Heleno Saña: *Das Vierte Reich. Deutschlands später Sieg*. Hamburg 1990, S. 108

⁵⁵ *Der Spiegel*, 18/1992, S. 154

unterschiedlicher Stand der technischen oder industriellen Entwicklung, Mangel an Konsumgütern o.ä. – beruhen, werden als ethnische ausgegeben („Die Ethnisierung des Sozialen“). So war dies beispielsweise bei den baltischen Republiken in der ehemaligen UdSSR oder bei der slowenischen und kroatischen Republik innerhalb des Bundesstaates Jugoslawiens, die jeweils eine ökonomisch führende Stellung innehatten. „Die Politik der BRD knüpft an diese inneren Widersprüche der Länder an, mit dem Zweck der Zerlegung oder Verkleinerung dieses Staates oder Staatenbundes bzw. mit dem Zweck der Herauslösung oder Abtrennung des betreffenden Teils eines solchen Staatenbunds.“⁵⁶ Dies jedoch nur zu dem Zweck, die losgelösten Teile als wirtschaftlich und politisch abhängige Gebilde zur eigenen Großraumbildung anzugliedern.

Wir können uns die dahinterstehenden Überlegungen vielleicht mit dem Bild der „Orangen-Theorie“ des Kolonialpolitikers Paul Rohrbach besser vergegenwärtigen: Die Orangen-Theorie war das Programm, das damalige russische Reich in seine einzelnen Bestandteile aufzulösen und wenigstens in Teilen für Deutschland kontrollierbar zu machen; das Zarenreich könne in seine Teile zerlegt werden, so Rohrbach, wie eine Orange – wenn man eine Orange geschickt auseinander nimmt, entsteht daraus kein unbrauchbares Chaos, keine Zerstörung, sondern die einzelnen Scheiben bleiben appetitlich intakt.⁵⁷ Nichts anderes als das alte „Teile und Herrsche“ steht hinter der Politik der BRD in der Anerkennung von Kroatien und Slowenien im Dezember 1991 – sie hatte auf alle Fälle nichts mit „Humanismus“, „Menschenrechten“ oder dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu tun.

Slowenien und Kroatien kam – ähnlich wie den baltischen Staaten in Bezug auf die Sowjetunion – eine besondere arbeitsteilige Funktion in der Versorgung des übrigen Binnenmarktes in Jugoslawien zu. Als industrialisierte Regionen im jugoslawischen Bundesstaat ist dort allmählich ein Lebensstandard entstanden, der vom Niveau der übrigen Regionen verschieden, d.h. höher war. Als diese Entwicklung in der politischen und wirtschaftlichen Krise der 80er Jahre stagnierte, ist so dort allmählich die Auffassung entstanden, die bisherigen Austauschbeziehungen mit den „ärmeren“ Republiken – etwa Serbien, Montenegro – würden eher ein Hemmnis für die Steigerung des eigenen Lebensstandards bilden; die übrigen Regionen bzw. der bisherige Binnenmarkt wurden als „Ballast“ empfunden und Perspektiven eher im Anschluß an den EG-Markt bzw. den Weltmarkt gesehen, da die eigene Wirtschaft dann ja von den hemmenden „Fesseln“ des Binnenmarktes befreit sei.⁵⁸

2.2.2 Die „Unabhängigkeit“ – der Weg in den Ruin

Daß der Weg Kroatiens und Sloweniens in die „Selbstbestimmung“ ein Weg in den Ruin sein würde, hatten selbst IWF und Weltbank bereits im Sommer 1991 prognostiziert. Weltbank-Vizepräsident Wapenhans hatte damals festgestellt: „Es besteht unseres Erachtens kein Zweifel, daß keines der Bestandteile Jugoslawiens auf kurze und mittlere Sicht von einem Auseinanderbrechen Jugoslawiens oder seiner Wirtschaft profitieren wird“.⁵⁹ Indirekt hatte er damit zugegeben, daß in der Bewahrung des jugoslawischen Bundesstaates bzw. Binnenmarktes für die einzelnen Regionen – also auch für Kroatien und Slowenien – eher eine Existenzgrundlage gegeben ist als in einem von dieser gemeinsamen Basis losgelösten Status, der „Selbständigkeit“ – die Zwangsläufig in der Anbindung an den deutsch-europäischen Großraum mündet.

2.2.3 Die deutsche Außenpolitik forciert das Auseinanderbrechen Jugoslawiens

Es liegt sicher auch in der geschichtlichen Kontinuität, daß die Orientierung hin nach Deutschland bei einem großen Teil der kroatischen und slowenischen Bevölkerung Zuspruch und Unterstützung erfahren hat. Die frühere „arbeitsteilige“ Anbindung an die reichsdeutsche bzw. großdeutsche Volkswirtschaft ist bei einem Teil der Einwohnerschaft dort sicher eher als vorteilhaft im Bewußtsein geblieben. Der heutige kroatische Präsident Tudjman konnte daher mit

⁵⁶ Hochberger, a.a.O. S. 30

⁵⁷ Vgl. Gudopp, a.a.O. S. 18

⁵⁸ Hochberger, a.a.O. S. 30

⁵⁹ Zitiert nach: Hochberger, a.a.O. S. 31

seinen Versprechungen, einer Loslösung vom jugoslawischen Bundesstaat werde die „Unterstützung“ durch die EG, insbesondere aber des alten Freundes Deutschland folgen, zahlreiche Anhänger hinter sich scharen. Antikommunistische Parolen taten ihr übriges.

Der US-amerikanische Journalist John Newhouse hatte im August 1992 in der Zeitschrift „The New Yorker“ veröffentlicht, daß „Genscher in täglicher Verbindung mit dem kroatischen Außenminister gestanden hatte. Er ermutigte die Kroaten, die Föderation zu verlassen und ihre Unabhängigkeit zu erklären.“⁶⁰ Und das, obwohl die politischen Führer Bosniens die westlichen Regierungen drängten, die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens zurückzustellen, da sie sonst selbst gezwungen seien, ihre Unabhängigkeit zu fordern. Ihre Sicherheit, so sagten sie, liege darin begründet, Teil eines multinationalen Staates zu sein.⁶¹ Im November 1991 hatte der bosnische Präsident Alija Izetbegovic das Auswärtige Amt in Bonn besucht. Er widersetzte sich der Anerkennungspolitik, weil er überzeugt war, daß sie Serbien und Kroatien zur Aggression gegen Bosnien „einladen“ würde, mit der Folge eines unvorstellbaren Blutbades. Auch der deutsche Botschafter in Belgrad hielt die Anerkennung für eine schlechte Idee und versorgte Izetbegovic mit Gegenargumenten für sein Gespräch mit Genscher, so berichtet John Newhouse.⁶² Was Izetbegovic von Genscher versprochen wurde, wurde bisher noch nicht veröffentlicht, auf alle Fälle war er nach dem Gespräch von seiner ursprünglich besorgten Position abgerückt.

Noch vor offiziellen Sanktionen seitens des UN-Sicherheitsrates hatte die BRD im Winter kurz vor ihrer Anerkennung Kroatiens und Sloweniens einseitig eine Verkehrsblockade gegen die BRJ verhängt, pünktlich zu Weihnachten 1991 erfolgte dann die versprochene Anerkennung – und die damit absehbare und bis heute anhaltende Eskalation des jugoslawischen Bürgerkriegs.

2.2.4 Jugoslawien und die „Normalisierung“ deutscher Geschichte und Tagespolitik

Die Anerkennungsdiskussion und die darauf folgende Bosnien-Debatte steht im Zeichen des von oben verordneten Staatsziels „Normalisierung“, mit der die 40 Jahre anhaltende Beschränkung außenpolitischen Handelns für Deutschland endlich beendet werden soll.

Innenpolitisch wird seit dem Beginn des Krieges in Jugoslawien zudem eine „Quasi-Normalisierung des Nationalsozialismus mittels Multiplikation seiner Erscheinungsformen vorangetrieben“ und die deutsche Berichterstattung folgt dem Ziel „ein, zwei, viele Auschwitz“ zu schaffen, um zwölf eigene Jahre endlich auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. So gibt es eben „serbische Vernichtungslager“, „Konzentrationslager“, „Großserbien“, die serbische „Endlösung“ und den serbischen „Herrenvolk-Wahn“, die die eigene Geschichte zudecken sollen.⁶³ Mit der Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes zur Ahndung von Kriegsverbrechen in Den Haag auf Initiative der BRD wird von deutscher Seite zudem versucht, endlich die „Schmach von Nürnberg“ zu relativieren. Eine Mitverantwortung an den Verbrechen und dem Krieg in Jugoslawien wird natürlich in Bonn geleugnet: in der offiziellen Version gibt es nur eine Gruppe von Kriegsschuldigen und -verbrechern – *die* Serben. Worauf die Festnahme und der anstehende Prozeß gegen den in München lebenden Serben Dusco Tadic abzielen, führte ein Hamburger Anwalt, der die bundesdeutschen Behörden auf die Spur von Tadic gebracht haben will, in einer Sondersendung der ARD aus: Tadic sei eigentlich nur ein Höß, ein KZ-Wärter; über ihn wolle man aber an Himmler – Karadzic – und Hitler – Milosevic – herankommen.

Solcher Art Demagogie und Geschichtsrevisionismus veranlaßte daher – wie bereits gesagt – auch den eher konservativen amerikanischen Journalisten David Binder, bei einer gerichtlichen Aufarbeitung des Krieges in Bosnien Kohl und Genscher auch auf die Liste der Kriegsverbrecher

⁶⁰ John Newhouse: Bonn, der Westen und die Auflösung Jugoslawiens. Das Versagen der Diplomatie – Chronik eines Skandals. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/92, S. 1195

⁶¹ Newhouse, a.a.O. S. 1193

⁶² Newhouse, a.a.O. S. 1196

⁶³ Alle Zitate aus: Arthur Heinrich: Wunderbare Wandlung. Die Nachkriegsdeutschen und der Bosnien-Einmarsch. Ein Frontbericht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/93, S. 411

zu stellen, weil sie „Entscheidungen getroffen haben, die den Krieg erweitert und vertieft haben.“⁶⁴

Durch die Anerkennung der verfassungswidrigen Sezession der jugoslawischen Teilrepubliken war es der deutschen bzw. westlichen Politik gelungen, einen eigentlich internen Konflikt zu internationalisieren und sich offener für die Intervention im Sinne der „Friedenssicherung“ zu engagieren. Genscher konnte sich gar als kritischer Menschenrechtler profilieren, als er die europäischen Verbündeten zu einer Anerkennung drängte: „Deutschland wird auch in Zukunft auf der Seite des Menschenrechts, der Minderheitenrechte und des Selbstbestimmungsrechts und gegen Aggressionen und Unterdrückung stehen. ... Die Europäische Gemeinschaft ist aufgefordert, den Völkern Jugoslawiens eine europäische Zukunftsperspektive zu eröffnen.“⁶⁵ Hatte er einleitend noch betont, daß es allein Sache der Völker Jugoslawiens sei, über ihre Zukunft zu entscheiden, so warnte er ausdrücklich davor: „Wir dürfen die ... unabhängigen Republiken nicht allein lassen. Wir dürfen sie nicht in die nationalstaatliche Isolierung drängen!“⁶⁶ Es war ihm damit gelungen, der „Zukunft der jugoslawischen Völker“ eine EG-bestimmte Perspektive zu geben, mit dem Zweck, wie bereits ausgeführt, der Zerlegung oder Verkleinerung dieses Staates und der nachfolgenden Großraum-Anbindung dieser losgelösten Teile als wirtschaftlich und politisch abhängige Gebilde, innerhalb der von dem bereits zitierten Roland Berger vorgegeben Hierarchie.

2.3.5 Wieder aktuell: „konzentrische Kreise abfallender wirtschaftlicher Aktivität“

Das *Handelsblatt* beschrieb im September 1991 die wirtschaftliche Entwicklung Europas folgendermaßen: Die „Wirtschaftsgeschichte (lehrt), daß wirtschaftliche Dynamik sich nie flächendeckend, sondern in aller Regel in Zentren herausbildet, deren Aktivitäten sich dann ringförmig nach außen verbreiten. So dürfte die wirtschaftliche Entwicklung des europäischen Kontinents etwa in folgenden Bahnen verlaufen: Die mitteleuropäischen Zentren werden nach Osten ausstrahlen und zuerst die ehemaligen Satellitenländer erfassen. Erst danach werden die angrenzenden Regionen des Sowjetreiches erreicht werden. Abgesehen von denkbaren eigenen Industrieschwerpunkten auf dem Gebiet der Sowjetunion werden sich um Kerneuropa konzentrische Ringe abfallender wirtschaftlicher Aktivität legen, deren Produktivitätsniveau aus dem Kontakt mit Europa fließen ...“⁶⁶

Um diese „sich um Kerneuropa legenden konzentrischen Ringe mit abfallender wirtschaftlicher Aktivität“ besser beeinflussen und kontrollieren zu können, wurde unter der Parole der „Selbstbestimmung“ die ehemals Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien zerschlagen.

„Die aktuelle Interventionspolitik gegen Jugoslawien, im Zusammenspiel mit der aktuellen Formierung der öffentlichen Meinung innerhalb der BRD, befindet sich zwar noch nicht im Zustand des (offenen – d. Verf.) Krieges. Aber sie zielt auf die Gewinnung der Kriegsfähigkeit, und zwar gleichermaßen nach außen wie nach innen.“⁶⁷

Wie dies von statten geht, soll die folgende Ausführung aufzeigen:

„Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war ... Es war nunmehr notwendig, das deutsche Volk psychologisch allmählich umzustellen und ihm langsam klarzumachen, daß es Dinge gibt, die, wenn sie nicht mit friedlichen Mitteln durchgesetzt werden können, mit Mitteln der Gewalt durchgesetzt werden müssen. Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse ganz allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: Wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann

⁶⁴ Zitiert nach: Heinrich, a.a.O. S. 413

⁶⁵ Zitiert nach: Hochberger, a.a.O. S. 32

⁶⁶ Aus: Hochberger, a.a.O. S. 33

⁶⁷ Hochberger, a.a.O. S. 42

muß es mit Gewalt abgestellt werden.“ So Adolf Hitler zu der deutschen Presse am 10.11.1938.⁶⁸

Die systematische, meinungsformierende Beleuchtung von außenpolitischen Vorgängen dergestalt, daß ein ausreichender Teil der Bevölkerung schließlich Gewalthandlungen gegen einen anderen Staat befürwortet, ist ein wesentlicher Bestandteil zur Gewinnung der eigenen Kriegsfähigkeit – das müssen wir begreifen, und unter diesem Aspekt auch die vergangenen drei Jahre Jugoslawienpolitik analysieren.

Schlußbemerkungen

Der ägyptische Ökonom und marxistische Theoretiker Samir Amin brachte es vor kurzem auf den Punkt, welche Aufgaben sich uns heute konkret stellen: „Die Einmischung des Nordens in die Angelegenheiten des Südens ist unter jedem Aspekt, zu jeder Zeit und in jeder Form (und erst recht, wenn es sich um eine gewaltsame militärische oder politische Intervention handelt) negativ. Nie werden die westlichen Armeen den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Frieden, Wohlstand oder Demokratie usw. bringen. Sie können ihnen in Zukunft wie seit fünf Jahrhunderten nur Knechtschaft, Ausbeutung ihrer Arbeit und ihrer Reichtümer, Verweigerung ihrer Rechte bringen. Es ist Sache der fortschrittlichen Kräfte des Westens, das zu begreifen.“⁶⁹

Während sich früher weite Teile der Linken mit Befreiungsbewegungen solidarisierten, auf die Ausbeutung der Länder der sog. Dritten Welt aufmerksam machten und gegen IWF und Weltbank demonstrierten, hat sich heute im Westen eine chauvinistische Kultur entwickelt, die nicht von konservativen und nationalistischen Kreisen ausgeht, sondern von der linksliberalen Mitte – dem politischen Ort, an dem die Friedensbewegung angesiedelt war. Und so waren es nicht die Haßtiraden des Herrn Reißmüller in der FAZ oder die Horrorstories des CDU-Bundestagsabgeordneten Stefan Schwarz, die dafür sorgten, daß nach dem Ausbruch des Konflikts in Jugoslawien in der BRD (und anderen europäischen Ländern) aus allen Ecken Rufe nach westlichem Eingreifen gegen die Serben laut und auf die Straßen getragen wurden. Es waren Parteien wie die Grünen und eher linksliberale Blätter wie die taz, Frankfurter Rundschau, die französische Libération und der britische Guardian, die eine antiserbische Panik verbreiteten, die bis heute die Wahrnehmung des Konflikts unter westeuropäischen Intellektuellen prägt. Die Friedens- und Dritte-Welt-Bewegung spielt hier bei der Popularisierung westlicher Interventionen in Länder des Trikonts inzwischen eine nicht zu unterschätzende Rolle. Von dieser Seite kamen die meisten Vorschläge, z.B. den Jugoslawien-Konflikt durch (militärische oder nicht-militärische) Interventionen endlich zu beenden. Leider ist in diesen Kreisen die alte Parole aus der Zeit des ersten Weltkriegs: „Der Feind steht im eigenen Land“ in Vergessenheit geraten, und folgerichtig richtet sich der Protest nicht gegen den westlichen Chauvinismus gegenüber anderen Völkern und gegen Interventionen des eigenen Staates in die Angelegenheiten anderer, souveräner Staaten. Stattdessen wenden sich z.B. Kampagnen der antimilitaristischen Opposition in erster Linie gegen Rüstungsexporte, also gegen die Weitergabe von Waffen an vermeintlich besonders schreckliche Regime, und nicht gegen den deutschen Militarismus. Die Botschaft solcher Kampagnen in der heutigen Zeit kann nur sein: es gibt zweierlei Staaten – die, deren Waffenbesitz legitim und unproblematisch ist (der Westen) und solche, denen er verboten gehört (die Länder des Trikonts). Das wird so zwar nicht offen gesagt und propagiert, läuft aber in der Tendenz darauf hinaus.

Eine „Friedensbewegung“, die nicht die Bekämpfung des Militarismus und Chauvinismus im eigenen Land bezweckt, sondern den eigenen Staat auffordert, sich in die Angelegenheiten anderer Völker einzumischen, hat es noch nie gegeben. Das muß in aller Deutlichkeit klargemacht werden. Und konsequent muß die alte Parole, den Feind im eigenen Land zu bekämpfen, wieder auf die Tagesordnung linker Politik gesetzt werden – gegen jede Form innerer und äußerer Kriegsvorbereitung, sei sie ökonomischer, politischer, militärischer oder ideologischer Art.

In bezug auf den Konflikt in Jugoslawien heißt dies konkret, gegen jede Art der Intervention Stellung zu beziehen und deren Beendigung einzufordern. Denn wie der bereits zitierte Samir

⁶⁸ Aus: Gudopp, a.a.O. S. 3

⁶⁹ Samir Amin: Das Reich des Chaos. Der neue Vormarsch der Ersten Welt. VSA-Verlag, Hamburg 1992, S. 18

Amin sagte, nie kann eine Einmischung des Imperialismus, Frieden, Wohlstand oder Demokratie bringen. Es wird Zeit, daß wir das endlich begreiflich machen.

Heidelberg/Kaiserslautern, November 1994
rüg, jog